Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/16

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
III/5 — 52105 — Do 2/69

Bonn, den 24. Oktober 1969

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. Dezember 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Iran zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher, persischer und französischer Sprache sowie eine Denkschrift zum Abkommen sind diesem Schreiben beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 24. Oktober 1969 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Brandt

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. Dezember 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Iran zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 20. Dezember 1968 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Iran zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern und den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher einseitig eingeräumte Ermäßigungen der deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in der bisherigen Höhe gewährt zu werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte des Iran beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Iran zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
SEINE MAJESTÄT DER SCHAHINSCHAH DES IRAN

VON DEM WUNSCHE GELEITET, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu festigen, sind übereingekommen, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen, und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Herrn Georg Ferdinand Duckwitz,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts,

Herrn Walter Grund,
Staatssekretär des Bundesministers der Finanzen,

SEINE MAJESTÄT DER SCHAHINSCHAH DES IRAN:

Herrn Generalleutnant Mozaffar Malek,
Kaiserlich Iranischer Botschafter in Bonn.

DIESE haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragstaat oder in beiden Vertragstaaten ansässig sind.

(2) Dieses Abkommen gilt nicht für Einkünfte aller Art aus einer im Iran ausgeübten Tätigkeit, die nach den besonderen iranischen Rechtsvorschriften über Verträge auf dem Gebiet des Erdöls und der Erdölderivate genehmigt worden ist; das gleiche gilt für das Vermögen, das der Ausübung einer derartigen Tätigkeit dient.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden Vertragstaaten, seiner Länder oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

1. in der Bundesrepublik Deutschland:
   a) die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer,
   b) die Vermögensteuer,
   c) die Gewerbesteuer
   (im folgenden „deutsche Steuer" genannt);
2. im Kaiserreich Iran:
   die Einkommensteuer einschließlich der Zusatzsteuern (Mozoué ghanouné maleiat bar daramad)
   (im folgenden „iranische Steuer" genannt).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

Artikel 3

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland" das Gebiet des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

b) bedeutet der Ausdruck „Iran" das Gebiet des Kaiserreichs Iran;

c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragstaat" und „der andere Vertragstaat", je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder den Iran;

d) umfaßt der Ausdruck „Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragstaates" und „Unternehmen des anderen Vertragstaates", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person betrieben wird;

g) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehörige"
   aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
   bb) in bezug auf den Iran alle natürlichen Personen, die iranische Staatsangehörigkeit besitzen, und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem im Iran geltenden Recht errichtet worden sind;

h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde"
   aa) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen;
   bb) auf seiten des Iran den Minister der Finanzen.

(2) Bei Anwendung des Abkommens durch einen Vertragstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder in diesem Abkommen nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand des Abkommens sind.

Artikel 4

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).

b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

c) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragstaaten oder in keinem der Vertragstaaten, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.

d) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragstaaten oder keines Vertragstaates, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte" umfaßt insbesondere:

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Verkaufstätte,

d) eine Geschäftsstelle,

e) eine Fabrikationsstätte,

f) eine Werkstätte,

g) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,

h) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer sechs Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht:

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen" bestimmt sich nach dem Recht des Vertragstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

Artikel 7

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragstaates können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Ver-

tragstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so sind in jedem Vertragstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

Artikel 9

Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragstaates beteiligt ist, oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

a) 15 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 20 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden in allen anderen Fällen.

(3) Solange in der Bundesrepublik Deutschland der Satz der Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne mindestens 20 Punkte niedriger ist als der Steuersatz für nichtausgeschüttete Gewinne, kann abweichend von Absatz 2 die Steuer, die in der Bundesrepublik Deutschland von Dividenden erhoben wird, 25 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden betragen, wenn

a) die Dividenden von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft stammen und einer im Iran ansässigen Gesellschaft zufließen und

b) die im Iran ansässige Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar über mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft verfügt.

(4) Der in diesem Abkommen verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

(1) Zinsen, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrages der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Zinsen, die aus der Bundesrepublik stammen und der „Banque Markazie de l'Iran" im Rahmen ihrer öffentlichen Funktionen zufließen, sind von der deutschen Steuer befreit. Zinsen, die aus dem Iran stammen und der Deutschen Bundesbank oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen ihrer öffentlichen Funktionen zufließen, sind von der iranischen Steuer befreit.

(4) Der in diesem Abkommen verwendete Ausdruck „Zinsen" bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Vertragstaates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Bruttobetrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Abkommen verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, technischer, kaufmännischer, landwirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, technischer, kaufmännischer, landwirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragstaat eine Betriebstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte eingegangen und trägt die Betriebstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden; werden die Lizenzgebühren jedoch auf Grund der Gewinne des Schuldners errechnet, so gilt der übersteigende Betrag, wie er nach den vorstehenden Bestimmungen ermittelt worden ist, als aus einer Betriebstätte des Gläubigers in dem Vertragstaat stammend, aus dem die Lizenzgebühren stammen; in diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

Artikel 13

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragstaates in dem anderen Vertragstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 23 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat regelmäßig über ein feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Bücherrevisoren.

Artikel 15

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält,
b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Ungeachtet der Artikel 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

Artikel 18

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

(1) Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen sowie Ruhegehälter, die von einem Vertragstaat, einem seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine in dem anderen Staat ansässige natürliche Person für erbrachte Dienste gewährt werden, können in dem erstgenannten Staat besteuert werden. Diese Vergütungen und Ruhegehälter sind von der Steuer des anderen Staates befreit, wenn der dort ansässige Empfänger die Staatsangehörigkeit des erstgenannten Staates besitzt, ohne gleichzeitig Staatsangehöriger des anderen Staates zu sein.

(2) Auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragstaaten, eines seiner Länder oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 18 Anwendung.

(3) Zahlen Einrichtungen, deren Einnahmen und Ausgaben im Haushalt des Vertragstaates, zu dem sie gehören, enthalten sind, Vergütungen und Ruhegehälter an ihre Bediensteten, so ist — ungeachtet des Absatzes 2 — auf diese Vergütungen und Ruhegehälter Absatz 1 anzuwenden; zu diesen Einrichtungen zählen auf seiten der Bundesrepublik Deutschland insbesondere die Deutsche Bundesbank, die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost.

(4) Entschädigungen, die ein Vertragstaat, eines seiner Länder oder eine seiner Körperschaften des öffentlichen Rechts in Form von Ruhegehältern, Leibrenten und anderen wiederkehrenden oder einmaligen Leistungen für Schäden zahlt, die als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden sind, sind von der Steuer des anderen Vertragstaates befreit.

Artikel 20

(1) Zahlungen, die ein Student oder Lehrling, der in einem Vertragstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, sind von der Steuer des anderen Staates befreit, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

(2) Studenten, die in einem Vertragstaat ansässig sind oder vorher dort ansässig waren und die sich in dem anderen Vertragstaat ausschließlich zum Studium an einer Universität oder einer anderen höheren oder technischen Lehranstalt aufhalten, sind mit den Vergütungen, die sie für eine Arbeit erhalten, die einer mit ihrem Studium unmittelbar zusammenhängenden praktischen Ausbildung dient, von der Steuer dieses anderen Staates befreit, sofern diese Arbeit nicht länger als 183 Tage dauert.

Artikel 21

Die Vergütungen von Hochschullehrern und anderen Lehrern, die in einem Vertragstaat ansässig sind oder vorher dort ansässig waren und die sich in dem anderen Vertragstaat nicht länger als drei Jahre aufhalten, um dort während dieser Zeit an einer nicht Erwerbszwecken dienenden Lehr- oder Forschungsanstalt eine Lehrtätigkeit auszuüben oder wissenschaftliche Forschung zu betreiben, sind von der Steuer dieses anderen Staates befreit, wenn die Vergütungen von dem erstgenannten Staat oder von einer nicht Erwerbszwecken dienenden Einrichtung gezahlt werden, deren jährliche Ausgaben zu mindestens 50 vom Hundert von dem erstgenannten Staat subventioniert werden.

Artikel 22

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 24

(1) Bei Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) Die aus dem Iran stammenden Einkünfte — unter Vorbehalt der Buchstaben b bis d — und die im Iran gelegenen Vermögensteile, die nach den vorstehenden Artikeln in diesem Staat besteuert werden können, sind von der deutschen Steuer befreit. Diese Bestimmung schränkt jedoch das Recht der Bundesrepublik Deutschland nicht ein, die auf diese Weise befreiten Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen. Auf Dividenden ist Satz 1 jedoch nur anzuwenden, wenn die Dividenden von einer im Iran ansässigen Aktiengesellschaft an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Kapitalgesellschaft gezahlt werden, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der erstgenannten Gesellschaft verfügt. Die Anteile der im Iran ansässigen Gesellschaft werden unter den gleichen Voraussetzungen von der in der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Vermögensteuer befreit.

b) Die in Übereinstimmung mit den vorstehenden Artikeln erhobene iranische Steuer von

aa) Dividenden, die nicht in Buchstabe a genannt sind;

bb) Zinsen;

cc) Lizenzgebühren;

dd) Vergütungen und Ruhegehältern im Sinne des Artikels 19 Absatz 1, die nach dieser Bestimmung nicht von der deutschen Steuer befreit sind,

wird auf die deutsche Steuer angerechnet, die von diesen aus dem Iran stammenden Einkünften erhoben wird. Der anzurechnende Betrag darf den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer nicht übersteigen, der auf diese aus dem Iran stammenden Einkünfte entfällt.

c) Werden jedoch auf Grund von Sondermaßnahmen, die nach iranischem Recht zur Förderung der iranischen Wirtschaft vorgesehen sind, die in Buchstabe b genannten Dividenden oder Lizenzgebühren im Iran steuerbefreit oder zu einem ermäßigten Satz besteuert, so wird auf die von diesen Dividenden oder Lizenzgebühren zu erhebende deutsche Steuer die iranische Steuer angerechnet, die bei Fehlen dieser Sondermaßnahmen zu zahlen wäre, wobei der so anzurechnende Betrag nicht höher sein darf als der Betrag, der nach Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe b oder Artikel 12 Absatz 2 als iranische Steuer erhoben werden kann. Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten verständigen sich gemäß Artikel 26 darüber, welche Bestimmungen des iranischen Rechts Sondermaßnahmen im Sinne dieser Bestimmung vorsehen.

d) Buchstabe a gilt für Dividenden nur dann, wenn die Dividenden von einer Gesellschaft ausgeschüttet werden, deren Einkünfte ausschließlich oder fast ausschließlich aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus Dienstleistungen, aus Bank- oder Versicherungsgeschäften oder aus Zinsen oder Dividenden iranischer Herkunft stammen; werden die letzterwähnten Dividenden von einer oder mehreren im Iran ansässigen Gesellschaften ausgeschüttet, deren Kapital zu mehr als 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehört, so ist ferner Voraussetzung, daß die Einkünfte der zweiten Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich aus den vorstehend aufgeführten Tätigkeiten stammen.

Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so wird die iranische Steuer von den Dividenden gemäß Buchstabe b auf die deutsche Steuer angerechnet.

(2) Bei einer im Iran ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Die in Übereinstimmung mit diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer von den aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünften einschließlich der Vergütungen und Ruhegehälter des Artikels 19 Absatz 1, die nach dieser Bestimmung nicht von der iranischen Steuer befreit sind, wird auf die von diesen Einkünften zu erhebende iranische Steuer angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf den Teil der vor der Anrechnung ermittelten iranischen Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte entfällt.

Artikel 25

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragstaates dürfen in dem anderen Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragstaates in dem anderen Vertragstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragstaat, den in dem anderen Vertragstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung" Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 26

(1) Ist eine in einem Vertragstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragstaates oder beider Vertragstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich be-

mühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 27

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden die Informationen austauschen, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Einhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragstaaten:

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragstaates abweichen;
b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragstaates nicht beschafft werden können;
c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 28

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen und konsularischen Beamten nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Artikel 29

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Kaiserreichs Iran innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 30

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Teheran ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist erstmals auf die Steuern anzuwenden, die erhoben werden

a) in der Bundesrepublik Deutschland:
für das Steuerjahr, das am 1. Januar des dem Jahr des Inkrafttretens folgenden Jahres beginnt;
b) im Iran:
für das Steuerjahr, das am 1. Januar des dem Jahr des Inkrafttretens folgenden Jahres beginnt, oder, wenn das Steuerjahr nicht am 1. Januar beginnt, für das Steuerjahr, das diesem 1. Januar folgt.

Artikel 31

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft.

(2) Vom 1. Januar des fünften Jahres nach dem Ratifikationsjahr an kann jeder der Vertragstaaten während der ersten sechs Monate eines Kalenderjahres das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragstaat auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. In diesem Fall wird das Abkommen erstmals nicht mehr angewendet auf die Steuern, die erhoben werden

1. in der Bundesrepublik Deutschland:
für das Steuerjahr, das am 1. Januar des dem Kündigungsjahr folgenden Jahres beginnt;
2. im Iran:
für das Steuerjahr, das am 1. Januar des dem Kündigungsjahr folgenden Jahres beginnt, oder, wenn das Steuerjahr nicht am 1. Januar beginnt, für das Steuerjahr, das diesem 1. Januar folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 20. Dezember 1968 in sechs Urschriften, je zwei in deutscher, in persischer und in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des persischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

G. F. Duckwitz

Grund

Für das Kaiserreich Iran:

M. Malek

قـــرارداد

بین

جمهـــوری فـــدرال آلـــمان

و

ایـــــران

بمنظور اجتناب ازاخذ مالیـــات مضاعف

ازدرآمد وثروت

حضرت رئیس جمهوری فدرال آلمان

و

اعلیحضرت همایون شاهنشاه ایران

باتمایل به تحکیم روابط دوستی بین دو دولت مصمم شدند قرارداد ی بمنظـــور اجتناب ازاخذ مالیات مضاعف ازدرآمد وثروت منعقد نمایند وباین منظـــــور نمایندگان تام الاختیار خود را بشرح زیر تعیین نمودند :

حضرت رئیس جمهوری فدرال آلمان :

آقای گئورگ فردیناند دوکویتز
معاون وزارت امور خارجه جمهوری فدرال آلما
و
آقای والتر گروند
معاون وزارت دارائی جمهوری فدرال آلمان

اعلیحضرت همایون شاهنشاه ایران :

تیمسار سپهبد مظفر مالك
سفیر شاهنشاه آریامهر در جمهوری فدرال آلمان

واین نمایندگان بعد ازمبادله اختیارنامه هائی که در کمال صحت واعتبار بود نسبت به مواد زیر توافق نمودند :

مـــاده ۱

۱ــ قرارداد حاضر ناظر بهاشخاصی است که مقیم قلمرو یکی ازدو دولت یا مقیم قلمرو هردو دولت متعاهد باشند .

۲ــ این قرارداد نسبت بانواع درآمد های ناشی ازفعالیتهای انجام شده در ایران که موجب قوانین خاص ایران در مورد قرارداد های مربوط بمواد نفتی و مشتقات آن بتصویب رسیده است وهمچنین نسبت بثروت هائی که برای اینگونه فعالیتها بکار رفته است جاری نخواهد بود .

مـــاده ۲

۱ــ این قرارداد بدون توجه بهنحوه وصول ناظر بر مالیاتهای بردرآمد وثروتی است که بحساب هریک از دولتهای متعاهد ولاندها و یا تقسیمات سیاسی ویا مقامات محلی آن وصول میشود .

۲ــ مالیاتهای بردرآمد وثروت شامل مالیاتهائی است که از مجموع درآمد یا ثروت ویا از هریک از منابع درآمد یا ثروت وصول میشود ازجمله مالیات برمنافع حاصل از انتقالات اموال منقول یا غیرمنقول ویا مالیات برکل مبالغ پرداختی موسسات بابت مزد وهمچنین مالیات برترقی بها .

۳ــ مالیاتهای فعلی که بحصوص موضوع این قرارداد هستند عبارتند از:

(۱)ــ درمورد دولت شاهنشاهی ایران :

مالیات بردرآمد ازجمله مالیاتهای اضافی موضوع قانون مالیات بردرآمد که از این ببعد ((مالیات ایران)) نامیده خواهد شد .

(۲) ــ درمورد دولت جمهوری فدرال آلمان :

الف) ــ مالیات بردرآمد اشخاص حقیقی یا شرکتها

ب) ــ مالیات برثروت

پ) ــ مالیات حق کسب

که از این ببعد ((مالیات آلمان)) نامیده خواهد شد .

٤ــ این قرارداد نسبت بمالیاتهائی که درآینده بمالیاتهای فعلی اضافه شوند درصورتیکه نوعاً نظیر و مشابه آنها باشند ویا بجای آنها وضع شوند نیز جاری خواهد بود .

مـــاده ۳

۱ــ ازنظر این قرارداد جز درمواردی که مفاد عبارت مفهوم دیگری ایجاب نماید :

الف ــ اصطلاح ""ایران"" اطلاق میشود به قلمرو دولت شاهنشاهی ایران .

ب ــ اصطلاح ""جمهوری فدرال آلمان"" اطلاق میشود به قلمرو حکومت قانون اساسی جمهوری فدرال آلمان .

پ ــ اصطلاحات ""یک دولت متعاهد"" و ""دولت متعاهد دیگر"" اطلاق میشود حسب مورد به دولت شاهنشاهی ایران یا دولت جمهوری فدرال آلمان .

ت ــ اصطلاح ""شخص"" اطلاق میشود به اشخاص حقیقی وشرکتها وهرنوع دیگر از جمعیت های اشخاص .

ث ــ اصطلاح ""شرکت"" اطلاق میشود به هرشخص حقوقی یا هرواحدی که از لحاظ مالیاتی درحکم شخص حقوقی تلقی گردد .

ج ـ اصطلاحات "موسسه‌ی دولت متعاهد" و "موسسه‌ی دولت متعاهد دیگر" بترتیب اطلاق میشود به‌موسسه‌ای که‌وسیله‌مقیم قلمرو یک دولت متعاهد و موسسه‌ای که‌وسیله‌مقیم قلمرو دولت متعاهد دیگر بهره‌برداری میشود .

چ ـ اصطلاح "اتباع" اطلاق‌میشود به :

الف ـ الف ـ درمورد ایران کلیه‌اشخاص حقیقی که‌دارای تابعیت ایران میباشند وهمچنین کلیه‌اشخاص حقوقی وشرکتهای اشخاص وجمعیتهائی که‌طبق مقررات جاری ایران تاسیس شده‌است .

ب ـ ب ـ درمورد جمهوری فدرال آلمان کلیه‌افراد آلمانی به‌مفهوم مفاد بند یک ماده ۱۱۶ قانون اساسی جمهوری فدرال آلمان وهمچنین کلیه‌اشخاص حقوقی وشرکتهای اشخاص وجمعیتهائی که‌طبق مقررات جاری جمهوری فدرال آلمان تاسیس شده‌است .

ح ـ اصطلاح "مقام صلاحیتدار" اطلاق‌میشود به :

الف ـ الف ـ درمورد ایران ـ وزیر دارائی ایران

ب ـ ب ـ درمورد جمهوری فدرال آلمان ـ وزیر دارائی آلمان

۲ ـ در اجرای این قرارداد توسط هریک از دول متعاهد هر اصطلاحی که‌در این قرارداد بنحو خاص تعریف نشده‌باشد دارای معنائی خواهد بود که‌از قوانین جاری مربوط به‌مالیاتهای موضوع این قرارداد در قلمرو آن دولت استنباط میشود مگر آنکه‌مفاد عبارت تعبیر دیگری را ایجاب نماید .

ماده ٤

۱ ـ ازنظر این قرارداد اصطلاح "مقیم قلمرو یک دولت متعاهد" بهر شخصی اطلاق میشود که‌بموجب مقررات دولت مذکور بسبب سکونت یا اقامت یا محل اداره یا حسب سایر ضوابط مشابه‌مشمول مالیات آن دولت میباشد .

۲ ـ هرگاه‌حسب مفاد بند ۱ یک‌شخص حقیقی مقیم قلمرو هر دو دولت متعاهد تلقی شود مورد به‌ترتیب زیر حل‌وفصل میشود :

الف) این‌شخص مقیم قلمرو دولت متعاهدی تلقی میشود که‌در آنجا محل سکونت دائمی در اختیار دارد .

هرگاه‌این شخص در قلمرو هر دو دولت متعاهد محل سکونت دائمی در اختیار داشته‌باشد در اینصورت مقیم قلمرو دولت متعاهدی تلقی میشود

کهاآن د ارای روابط شخصی واقتصادی نزد یکتری است (مرکزمنافع حیاتی)

ب) اگرنتوان د ولت متعاهد ی راکهاین شخص د رقلمروآن د ارای مرکز منافع حیاتی است مشخص نمود یا اینکه د رقلمروهیچیك ازد ود ولت متعاهد محل سکونت د ائمی د راختیارند اشتهباشد مقیم قلمرود ولت متعاهد ی تلقی میشود کهمعمولا د رآنجا بسرمیبرد .

پ) اگراین شخص معمولا د رقلمروهرد ود ولت متعاهد بسربرد ویا اینکه د رهیچیك ازآن د وبسرنبرد مقیم قلمرود ولت متعاهد ی تلقی میشود کهتابعیت آنرا دارد .

ت) اگراین شخص د ارای تابعیت هرد ود ولت متعاهد باشد یا تابعیت هیچیك ازآن د وراد ارانباشد مقامات صلاحیتد ارد ود ولت متعاهد موضوع رابامرافقت یکد یگرحل وفصل میکنند .

۳ــ هرگاه حسب مفاد بند ۱ شخصی غیرازشخص حقیقی مقیم قلمرو هرد ود ولت متعاهد تلقی شود این شخص مقیم قلمرود ولت متعاهد ی شناختهمیشود کهمحل اداره واقعی آن د رآنجا قرارد ارد .

مـــاده ۵

۱ــ ازنظراین قرارداد اصطلاح " پایگاه ثابت " اطلاق میشود به تاسیسات ثابت امورکهموسسه فعالیت خود راکلا یا جزئا د رآن انجا میدهد .

۲ــ اصطلاح پایگاه ثابت بالاخص بموارد زیراطلاق میشود :

الف) ــ محل اداره

ب) ــ شعبه

پ) ــ فروشگاه

ت) ــ د فتر

ث) ــ کارخانه

ج) ــ کارگاه

چ) ــ معدن ویاهرمحل د یگراستخراج منابع طبیعو

ح) ــ کارگاه ساختمانی یانصب د رصورتیکهمدت استقرارآن ازشش ماه تجاوزننماید .

۳ــ موارد زیرپایگاه ثابت تلقی نمیشود :

الف) ــ تاسیساتیکهمنحصرا بمنظورانبارنمایش یا تحویل کالای متعلق به موسسه مورد استفاده قرارمیگیرد .

ب)ـ کالای متعلق بموسسه که منحصراً بمنظور انبار یا نمایش یا تحویل نگهداری میشود .

ج)ـ کالای متعلق بموسسه که منحصراً بمنظور تغییر شکل داده توسط موسسه دیگر نگهداری میشود .

ت)ـ تاسیسات ثابت امور که منحصراً بمنظور خرید کالا یا جمع آوری اطلاعات برای موسسه مورد استفاده قرار میگیرد .

ث)ـ تاسیسات ثابت امور که منحصراً بمنظور تبلیغات تجاری یا کسب اطلاعات یا تحقیقات علمی یا فعالیتهای مشابه که جنبه مقدماتی یا فرعی برای موسسه داشته باشد مورد استفاده قرار میگیرد .

۴ـ شخصی که در قلمرو یک دولت متعاهد بحساب موسسه دولت متعاهد دیگر عمل میکند (غیر از نماینده ای که دارای وضع مستقل است و در بند ۵ بآن اشاره شده است) بشرطی که در قلمرو دولت اول دارای اختیاراتی باشد که عادتاً قراردادهائی را بنام موسسه منعقد نماید در قلمرو این دولت پایگاه ثابت تلقی میشود مگر اینکه فعالیت این شخص منحصر به خرید کالا برای موسسه باشد .

۵ـ بصرف اینکه موسسه یک دولت متعاهد در قلمرو دولت متعاهد دیگر بوسیله دلال یا حق العملکار یا هر واسطه دیگری که دارای وضع مستقلی است فعالیت نماید دارند پایگاه تلقی نمیگردد مشروط براینکه عملیات اشخاص مذکور در حدود معمول فعالیت خود آنها باشد .

۶ـ بصرف اینکه شرکت مقیم قلمرو یک دولت متعاهد شرکتی را که مقیم قلمرو دولت متعاهد دیگر میباشد یا در قلمرو آن دولت فعالیت میکند (خواه بوسیله پایگاه ثابت و خواه بدون آن) کنترل کند یا بوسیله آن کنترل شود خود بخود کافی نخواهد بود که یکی از آنها پایگاه ثابت دیگری تلقی شود .

ماده ۶

۱ـ درآمدهای حاصل از اموال غیرمنقول مشمول مالیات دولت متعاهدی است که مال غیرمنقول در قلمرو آن واقع است .

۲ـ اصطلاح اموال غیرمنقول طبق قوانین دولت متعاهدی تعریف میشود که اموال در قلمرو آن دولت واقع است . این اصطلاح در هر حال ملحقات اموال غیرمنقول ووسائل وحیوانات مربوط بهبهره برداریهای کشاورزی یا جنگلی وحقوقی که طبق مقررات حقوق خصوصی مربوط بمالکیت ارضی باشد وحق انتفاع از اموال غیرمنقول وهمچنین حق الامتیاز ثابت و

یا غیرثابت مربوط به بهره‌برداری یا واگذاری حق بهره‌برداری از معادن و چشمه‌ها و سایر منابع ارضی را شامل میشود ـ سفینه‌ها کشتی‌ها و وسائط نقلیه هوائی اموال غیرمنقول تلقی نمیشوند .

۳ـ مقررات بند ۱ نسبت به درآمدهای حاصل از بهره‌برداری مستقیم یا با اجازه یا مزارعه یا هر شکل دیگر بهره‌برداری از اموال غیرمنقول جاری است .
۴ـ مقررات بند ۱ و ۳ نسبت به درآمدهای حاصل از اموال غیرمنقول متعلق به یک مؤسسه یا مورد استفاده یک شغل آزاد نیز جاری است .

ماده ۷

۱ـ منافع مؤسسه یک دولت متعاهد فقط مشمول مالیات همان دولت است مگر آنکه مؤسسه مذکور فعالیت خود را در قلمرو دولت متعاهد دیگر وسیله یک پایگاه ثابت واقع در قلمرو آن دولت انجام دهد که در این صورت منافع مؤسسه فقط تا حدودی که مربوط به پایگاه ثابت مذکور باشد مشمول مالیات دولت دیگر خواهد بود .
۲ـ در صورتیکه مؤسسه یک دولت متعاهد فعالیت خود را در قلمرو دولت متعاهد دیگر وسیله یک پایگاه ثابت واقع در قلمرو آن دولت انجام دهد در هر یک از دو دولت متعاهد منافعی برای پایگاه ثابت منظور میشود که اگر این پایگاه ثابت مستقل میبود و مانند یک مؤسسه مشخص و مجزی از فعالیتهای نظیر یا مشابه در شرایط نظیر یا مشابه آن منافع را تحصیل مینمود .
۳ـ در محاسبه منافع یک پایگاه ثابت هزینه‌های انجام شده بمنظور حصول بمقاصد پایگاه ثابت (از جمله هزینه‌های مدیریت و هزینه‌های عمومی اداری اعم از اینکه در قلمرو دولتی که پایگاه ثابت در آن واقع است و یا در جای دیگر به مصرف رسیده باشد) جزو هزینه‌های قابل قبول محسوب خواهد گردید .
۴ـ بصرف خرید کالا وسیله پایگاه ثابت برای مؤسسه منافعی از این بابت برای پایگاه ثابت منظور نخواهد شد .
۵ـ در مواردی که منافع شامل انواع درآمدهائی باشد که جداگانه در سایر مواد این قرارداد حکم آن آمده است مقررات این ماده تاثیری در مقررات آن مواد نخواهد داشت .

مـــاده ۸

۱ــ منافع حاصل ازبهره‌برداری کشتی ها یا هواپیماها در خطوط بین‌المللی فقط در قلمرو دولت متعاهدی که محل اداره واقعی موسسه در آن قرار دارد مشمول مالیات میباشد .

۲ــ در صورتیکه محل اداره واقعی یک موسسه کشتی رانی در عرشه یک سفینه یا کشتی باشد محل اداره واقعی در قلمرو دولت متعاهدی تلقی میشود که بندر وابسته این سفینه یا کشتی در آن واقع است ودر صورت نداشتن بندر وابسته در قلمرو دولت متعاهدی تلقی میشود که بهره‌بردار سفینه یا کشتی مقیم آن است .

مـــاده ۹

در صورتیکه :

الف ــ موسسه‌یک دولت متعاهد بطور مستقیم یا غیرمستقیم در اداره یا کنترل یا سرمایه یک موسسه دولت متعاهد دیگر شرکت داشته باشد یا

ب ــ همین اشخاص بطور مستقیم یا غیرمستقیم در اداره یا کنترل یا سرمایه موسسه‌یک دولت متعاهد وموسسه دولت متعاهد دیگر شرکت داشته باشند .

ودر هریک ازدو مورد این دو موسسه ازلحاظ روابط تجاری یا مالی تحت شرایطی (مورد تراضی یا تحمیلی) بایکدیگر مربوط باشند که این شرائط با شرائطی که ممکن است بین موسسات مستقل برقرار شود متفاوت باشد در اینصورت منافعی راکه در صورت فقد این شرط ممکن بود عاید یکی از موسسات گردد ولی عملا" بعلت وجود همین شرائط عاید نشده است میتوان جزء منافع این موسسه محسوب ودر نتیجه مشمول مالیات نمود .

مـــاده ۱۰

۱ــ سود سهامیکه شرکت مقیم قلمرو یک دولت متعاهد به شخص مقیم قلمرو دولت متعاهد دیگر پرداخت مینماید در دولت متعاهد دیگر مشمول مالیات میباشد .

۲ــ معهذا سود سهام مزبور ممکن است در دولت متعاهد یکه شرکت پرداخت کننده سود سهام در قلمرو آن مقیم است براساس مقررات آن دولت مشمول مالیات شود ولی این مالیات نباید از میزان زیر تجاوز نماید :

الف ــ پانزده درصد کل مبلغ ناویژه سود سهام در صورتیکه منتفع شرکتی باشد که لااقل ۲۵٪ سرمایه دارای حق رای شرکت پرداخت کننده سود را مستقیماً در اختیار داشته باشد .

ب ــ ۲۰٪ کل مبلغ ناویژه سود سهام در تمام موارد دیگر .

۳ــ علیرغم مفاد بند ۲ تا زمانیکه در جمهوری فدرال آلمان نرخ مالیات بر شرکتها در مورد منافع تقسیم شده حداقل ۲۰ واحد کمتر از نرخ مقرر در مورد منافع تقسیم نشده باشد مالیات متعلقه بسود سهام در جمهوری فدرال آلمان ممکن است به ۲۵٪ کل مبلغ ناویژه سود سهام بالغ گردد مشروط براینکه :

الف ــ سود سهام از طرف یک شرکت سرمایه مقیم جمهوری فدرال آلمان پرداخت و توسط یک شرکت مقیم ایران دریافت گردد .

ب ــ شرکت مقیم ایران بطور مستقیم یا غیرمستقیم لااقل ۲۵٪ سرمایه دارای حق رای شرکت سرمایه مقیم جمهوری فدرال آلمان را در اختیار داشته باشد .

۴ــ اصطلاح ((سود سهام)) بنحوی که در این قرارداد بکار رفته است اطلاق میشود به درآمدهای حاصل از سهام یا سهام منافع یا اسناد سهم منافع یا حق السهم معدن یا حق السهم مؤسس یا سایر حق السهم های منافع (باستثنای حق السهم طلبات) و همچنین درآمدهای سایر حق السهم ها در جمعیت ها که طبق مقررات مالیاتی دولتی که شرکت تقسیم کننده سود در قلمرو آن مقیم است مشابه درآمدهای حاصل از سهام تلقی میگردد .

۵ــ هرگاه منتفع از سود سهام که در قلمرو یکی از دو متعاهد مقیم است در قلمرو دولت متعاهد دیگر که شرکت پرداخت کننده سود در آن مقیم است دارای پایگاه مناسبتی باشد که سود مزبور در واقع ناشی از مشارکت آن پایگاه باشد در اینصورت مقررات بندهای ۱ تا ۳ این ماده قابل اجرا نبوده و مورد تابع مقررات ماده ۷ خواهد بود .

۶ــ هرگاه شرکت مقیم قلمرو یک دولت متعاهد منافع یا درآمدی در قلمرو دولت متعاهد دیگر تحصیل نماید دولت متعاهد دیگر نمیتواند از سود سهام پرداخت شده توسط این شرکت بهاشخاصی که مقیم قلمرو این دولت دیگر نیستند یا از منافع تقسیم نشده شرکت مالیات سود سهام یا مالیات منافع تقسیم نشده شرکت وصول نماید ولو اینکه سود سهام پرداختی یا منافع تقسیم نشده کلاً یا جزئاً از منافع یا درآمد حاصل در قلمرو این دولت دیگر تشکیل شده باشد .

مـــاده ۱۱

۱ــ بهره حاصل در قلمرو یک دولت متعاهد که به یک شخص مقیم قلمرو دولت متعاهد دیگر پرداخت میشود در دولت متعاهد دیگر مشمول مالیات ــ خواهد بود .

۲ــ معهذا بهره مزبور ممکن است در دولت متعاهدی که بهره در آنجا حاصل میشود براساس مقررات آن دولت مشمول مالیات شود ولی این مالیات نباید از پانزده در صد کل مبلغ ناویژه بهره تجاوز نماید .

۳ــ بهره حاصل در جمهوری فدرال آلمان که بانک مرکزی ایران در حدود وظائف عمومی خود دریافت میدارد از مالیات آلمان معاف میباشد . بهره حاصل در ایران که دولت یا بانک یا کردیت انشتالت فورویدراف بودر در حدود وظایف عمومی خود شان دریافت مینمایند از مالیات ایـــران معاف میباشد .

۴ــ اصطلاح ((بهره)) بنحوی که در این قرارداد بکار رفته است اطلاق میشود بر درآمدهای حاصل از اوراق اعتباری دولتی ــ اوراق قرضـــه اعم از اینکه توام با تضمین رهنی یا شرط مشارکت در منافع باشد یا نباشد و هر نوع مطالبات و همچنین سایر عایدات یا درآمد حاصله از وجوه وام داده شده بموجب مقررات مالی دولتی که درآمد در قلمرو آن تحصیـــل شده است .

۵ــ هرگاه منتفع از بهره که در قلمرو یکی از دول متعاهد مقیم است در قلمرو دولت متعاهد دیگر که بهره در آنجا حاصل میشود دارای پایگاه ثابتـــی باشد که بهره مذکور در واقع ناشی از مطالبات آن پایگاه ثابت باشد در ایـــن صورت مقررات بندهای ۱ تا ۳ این ماده قابل اجرا نبوده و مورد تابـــع مقررات ماده ۷ خواهد بود .

۶ــ هرگاه مقیم هر کاریکی از دول متعاهد یا یک "لاند" یا یکی از تقسیمات سیاسی یا مقامات محلی یا یکی از مقیمین قلمرو آن دولت باشد بهره متعلقه حاصل در قلمرو این دولت تلقی میشود معهذا هرگاه مقیم هر کارد قلمـــرو یک دولت متعاهد دارای پایگاه ثابتی باشد که قرارداد وام مولد بهره برای آن پایگاه ثابت منعقد شده است و یا پایگاه ثابت مزبور پرداخت بهره را بعهده داشته باشد این بهره حاصل در قلمرو دولت متعاهدی تلقی میشود کـــه پایگاه ثابت در آنجا واقع است اعم از اینکه مقیم هر کار بهره مقیم قلمرو آن دولت متعاهد باشد یا نباشد .

۲ــ هرگاه بسبب روابط خاص موجود بین بنگاه و بستانکار و یا روابط خاصی که هردو ی آنها با اشخاص ثالث دارند مبلغ بهره پرداختی یا توجه به طرقی که بهره از آن بابت پرداخت میشود از مبلغی که ممکن بود در صورت فقد چنین روابطی بین بنگاه و بستانکار مقرر گردد بیشتر باشد مقررات این ماده فقط نسبت بمبلغ اخیر قابل اجرا است .

در اینصورت مازاد پرداختی با رعایت سایر مقررات این قرارداد طبق مقررات هریك از دو دولت متعاهد مشمول مالیات خواهد بود .

مـــاده ۱۲

۱ــ حق الامتیاز حاصل در قلمرو یك دولت متعاهد که بیك شخص مقیم قلمرو دولت متعاهد دیگر پرداخت میشود در دولت متعاهد دیگر مشمول مالیات خواهد بود .

۲ــ معهذا حق الامتیاز مزبور ممکن است در دولت متعاهد دیگری که حق الامتیاز در آنجا حاصل میشود براساس مقررات آن دولت مشمول مالیات شود ولی این مالیات نباید از ده درصد کل مبلغ ناویژه حق الامتیاز تجاوز نماید .

۳ــ اصطلاح "حق الامتیاز" بنحوی که در این قرارداد بکار رفته اطلاق میشود بهر نوع حقوق پرداختی بابت استفاده یا واگذاری حق استفاده از حق ایجاد یك اثر ادبی هنری یا علمی منجمله فیلم های سینمائی ــ گواهی ثبت ــ علامت ساخت یا تجاری ــ نقشه یا نمونه طرح ــ فرمول یا طریقه سری و همچنین بابت استفاده یا واگذاری حق استفاده از تجهیزات صنعتی وفنی وتجاری وکشاورزی یا علمی و یا بابت اطلاعات مربوط به تجربیات حاصل در امور صنعتی وفنی وتجاری وکشاورزی یا علمی .

۴ــ هرگاه منتفع از حق الامتیاز مقیم قلمرو یك دولت متعاهد باشد و در قلمرو دولت متعاهد دیگر که حق الامتیاز در آن حاصل میشود دارای پایگاه ثابتی باشد که حق الامتیاز مذکور در واقع ناشی از حقوق یا اموال آن پایگاه باشد در اینصورت مقررات بندهای ۱ و ۲ این ماده قابل اجرا نبوده و مورد تابع مقررات ماده ۷ خواهد بود .

۵ــ هرگاه بد ه کاریکی از دول متعاهد با یک "لاند" یا مقامات محلی یا یکی از متبعین قلمرو آن دولت باشد حق الامتیاز متعلقه حاصل در قلمرو این دولت تلقی میشود معهذا هرگاه بد ه کار پایگاه ثابتی در قلمرو یک دولت متعاهد داشته باشد که تعهدات موجد حق الامتیاز برای آن پایگاه ثابت ایجاد شده است و پایگاه ثابت مزبور پرداخت حق الامتیاز را عهد ه دار باشد این حق الامتیاز حاصل در قلمرو دولت متعاهد ی تلقی میشود که پایگاه ثابت در آن واقع است اعم از اینکه بد ه کار حق الامتیاز مقیم قلمرو آن دولت متعاهد باشد یا نباشد .

۶ــ هرگاه بسبب روابط خاص موجود بین بد ه کار و بستانکار یا روابط خاصی که هردوی آنها با اشخاص ثالث دارند مبلغ حق الامتیاز پرداختی با توجه به ارزش امتیازی که بابت آن حق الامتیاز پرداخت شده از مبلغی که ممکن بود در صورت فقد چنین روابطی بین بد ه کار و بستانکار مقرر گردد بیشتر باشد مقررات این ماده فقط نسبت بمبلغ اخیر قابل اجرا است و در اینصورت مازاد پرداختی با رعایت سایر مقررات این قرارداد طبق مقررات هریک از دو دولت متعاهد مشمول مالیات خواهد بود و در صورتیکه حق الامتیاز براساس منافع بد ه کار احتساب گردد مازاد پرداختی برحسب مقررات قبلی در حکم تحصیل سود از پایگاه ثابت بستانکار در قلمرو دولت متعاهد ی که حق الامتیاز در آنجا حاصل میگردد تلقی میشود و در اینصورت مازاد مزبور مشمول مقررات ماده ۷ خواهد بود .

مـــاده ۱۳

۱ــ عواید حاصل از نقل و انتقالات اموال غیرمنقول بمفهومیکه در بند ۲ ماده ۶ تعریف شده است در قلمرو دولت متعاهد ی که این اموال در آنجا واقع است مشمول مالیات میباشد .

۲ــ عواید حاصل از نقل و انتقالات اموال منقول موضوع دارائی پایگاه ثابتی که موسسه یک دولت متعاهد در قلمرو دولت متعاهد دیگر دارد و عواید حاصل از نقل و انتقالات اموال منقول تشکیل دهند محل کار ثابتی که مقیم قلمرو یک دولت متعاهد در قلمرو دولت متعاهد دیگر برای اشتغال بمشاغل آزاد در اختیار دارد منجمله عواید حاصل از انتقال یکجای آن اموال با پایگاه ثابت (بتنهائی یا ضمن تمام موسسه) یا با محل کار ثابت در قلمرو دولت متعاهد دیگر مشمول مالیات میباشد . معهذا عواید حاصل از نقل و انتقالات اموال منقول مذکور در بند ۳ ماده ۲۲ فقط در قلمرو دولت متعاهد ی مشمول مالیات است که اموال مورد بحث به موجب مقررات ماد ه مذکور در آنجا مشمول مالیات میباشد .

۳ــ عواید حاصل از نقل و انتقالات هر مالی غیر از آنچه در بند ۱ و ۲ مذکور است فقط در قلمرو دولت متعاهدی که واگذار کننده مقیم آن میباشد مشمول مالیات است .

ماده ۱٤

۱ــ درآمدهائی که مقیم قلمرو یک دولت متعاهد از مشاغل آزاد یا سایر فعالیتهای مستقل مشابه تحصیل مینماید فقط در قلمرو این دولت مشمول مالیات خواهد بود مگر اینکه این شخص مقیم در قلمرو دولت متعاهد دیگر برای اشتغال بفعالیت خود محل کار ثابتی بطور عادی در اختیار داشته باشد . در اینصورت این نوع درامدها مشمول مالیات دولت متعاهد دیگر خواهد بود ولی فقط تا حدودی که مربوط به محل کار ثابت مزبور باشد .

۲ــ اصطلاح ((مشاغل آزاد)) بخصوص شامل فعالیتهای مستقل از انواع فعالیتهای علمی ادبی هنری اموزشی یا پرورشی و همچنین فعالیتهای مستقل پزشکان وکلای دادگستری مهندسین معماران دندان سازان وحسابداران میباشد .

ماده ۱۵

۱ــ بارعایت مقررات ۱٦ و ۱۸ و ۱۹ مزد وحقوق بمعنای اخص و سایر حقوق مشابه که مقیم قلمرو یک دولت متعاهد بسبب خدمت دریافت میدارد فقط در قلمرو این دولت مشمول مالیات میباشد مگر آنکه کار در قلمرو دولت متعاهد دیگر انجام شود که در اینصورت حقوق مذکور در قلمرو دولت متعاهد دیگر مشمول مالیات است .

۲ــ علیرغم مقررات بند یک حقوق دریافتی مقیم قلمرو یک دولت متعاهد بسبب خدمتی که در قلمرو دولت متعاهد دیگر انجام شده فقط در قلمرو دولت متعاهد اول مشمول مالیات ــ میباشد مشروط براینکه :

الف ــ جمع مدت یا مدتهائی که منتفع در ظرف سال مالی مربوط در قلمرو دولت متعاهد دیگر بسر برده میباشد از ۱۸۳ روز تجاوز نکند و

ب ــ حقوق توسط کارفرما یا بنام کارفرمائی که مقیم قلمرو دولت متعاهد دیگر نیست پرداخت شده میباشد و

ج ــ هزینه حقوق به پایگاه ثابت یا محل کار ثابتی که کارفرما در قلمرو دولت دیگر دارد تحمیل نشده میباشد .

۳ـ علیرغم مقررات قبلی این ماده حقوق پرداختی بسبب خدمت انجام شده در روی کشتی یا هواپیما در خطوط بین المللی مشمول مالیات دولت متعاهدی خواهد بود که محل اداره موسسه در قلمرو آن دولت واقع است.

ماده ۱۶

سهم منافع وحق حضور وسایر دریافتی های مشابه که مقیم قلمرو یک دولت متعاهد بعنوان عضو هیئت مدیره یا نظارت یک شرکت مقیم قلمرو دولت متعاهد دیگر وصول مینماید در قلمرو دولت متعاهد دیگر مشمول مالیات میباشد .

ماده ۱۷

علیرغم مقررات مواد ۱۴ و ۱۵ درآمدهائی که نمایشگران حرفه‌ای از قبیل هنرمندان تئاتر و سینما و رادیو تلویزیون و موزیسین ها و همچنین ورزشکاران از این نوع فعالیت شخصی خود بدست میآورند در قلمرو دولت متعاهدی که این فعالیتها در آن اجرا میشود مشمول مالیات است .

ماده ۱۸

با رعایت مقررات بند ۱ ماده ۱۱ مستمری ها و سایر حقوق مشابه که به مقیم قلمرو یک دولت متعاهد بابت خدمات گذشته پرداخت میشود فقط در قلمرو این دولت مشمول مالیات است .

ماده ۱۹

۱ـ مزد وحقوق بمعنی اخص وسایر حقوق مشابه و همچنین مقرری های بازنشستگی که توسط یک دولت متعاهد یا یک ((لاند)) یا یکی از تقسیمات سیاسی یا مقامات محلی آن بطور مستقیم یا از طریق برداشت از صندوقی که قبلا تشکیل داده اند به یک شخص حقیقی مقیم قلمرو دولت متعاهد دیگر بسبب خدمات انجام شده پرداخت میشود در قلمرو دولت اول مشمول مالیات است این حقوق و مقرری ها از مالیات دولت متعاهد دیگر که منتفع مقیم آنست معاف خواهد بود بشرط آنکه تابعیت دولت اول را داشته باشد و در همان زمان تابعیت دولت دیگر را نداشته باشد .

۲ــ نسبت بحقوق یا مقرریهای پرداختی بابت خدماتیکه در حدود فعالیتهای تجاری یا صنعتی وسیله یکی از دول متعاهد یا یک لاند ــ یکی از تقسیمات سیاسی یا مقامات محلی آن انجام شده باشد مقررات مواد ۱۵ و ۱۶ و ۱۸ جاری است .

۳ــ علی رغم مقررات بند ۲ حقوق و مقرریهائی که سازمانهای یک دولت متعاهد به کارکنان خود پرداخت مینمایند در صورتیکه در آمد و هزینه آن سازمان ها جزو بود جه کل دولت متعاهد مربوط باشد مشمول مقررات بند یک خواهد بود ونیز در مورد جمهوری فدرال آلمان درامد و هزینه های دوبین بوندس بانك

و دوبین بوندس باهن

و دوبین بوندس پست

مشمول مقررات این ماده میباشد .

٤ــ غرامائی که بصورت مستمری یا مقرری مادام العمر و سایر کمکهای مستمر یا غیرمستمر که از طرف یک دولت متعاهد یا یک ((لاند)) یا یک شخص حقوقی (از نظر حقوق عمومی این دولت) بسبب خسارات ناشی از مخاصمات یا فشار سیاسی اختصاص داده میشود در قلمرو دولت متعاهد دیگر از پرداخت مالیات معاف است .

مـــاده ۲۰

۱ــ وجوهی که یک محصل یا کارآموزی که مقیم قلمرو یک دولت متعاهد میباشد یا قبلا در آنجا مقیم بوده است (وصرفا بمنظور تحصیل یا کارآموزی در قلمرو دولت متعاهد دیگر بسر میبرد) برای مخارج زندگی وتحصیل یا کارآموزی خود در قلمرو دولت متعاهد دیگر دریافت میکنند از مالیات دولت متعاهد دیگر معاف خواهد بود بشرطی که این وجوه از منابعی خارج از قلمرو دولت متعاهد دیگر تحصیل شده باشد .

۲ــ محصلینی که مقیم قلمرو یک دولت متعاهد میباشند ویا قبلا در آنجا مقیم بوده اند وصرفا بمنظور ادامه تحصیلات در یک دانشگاه یا موسسه علمی عالی یا فنی در قلمرو دولت متعاهد دیگر بسر میبرند نسبت بحقوقی که بسبب مشاغلی در جهت کارآموزی (که مستقیما برشته تحصیل آنها مربوط میباشد) دریافت میدارند از مالیات این دولت متعاهد دیگر معاف خواهند بود بشرط آنکه مدت این اشتغال از ۱۸۳ روز تجاوز ننماید .

مـــاده ۲۱

هرنوع حقوق دریافتی اساتید وسایراعضای هیئت های آموزشی که مقیم قلمرویک دولت متعاهد میباشند ویاقبلاً در آنجا مقیم بوده اند و بمنظور تعلیم وتحقیقات علمی در یک موسسه آموزشی یا تحقیقاتی علمی غیرانتفاعی در قلمرو دولت متعاهد دیگر برای مدتی که از سه سال تجاوز نکند بسر میبرند از مالیات دولت متعاهد دیگر معاف خواهند بود مشروط براینکه حقوق مذکور از طرف دولت اول یا از طرف موسسه غیرانتفاعی که حداقل پنجاه درصد مخارج سالیانه آن از طریق کمک دولت اول تامین شود پرداخت شده باشد .

مـــاده ۲۲

سایرانواع درآمد مقیم قلمرویک دولت متعاهد که در مواد قبلی این قرارداد صریحاً بآن اشاره نشده است فقط مشمول مالیات این دولت میباشد .

مـــاده ۲۳

۱ــ ثروت متشکل از اموال غیرمنقول بنحوی که در بند ۲ ماده ۶ تعریف شد مشمول مالیات دولت متعاهدی است که این اموال در قلمرو آن واقع است .

۲ــ ثروت متشکل از اموال منقولی که جزو دارائی پایگاه ثابت موسسه‌ای میباشد ویا از اموال منقولی که تشکیل دهنده محل کار ثابتی است که برای مبادرت بمشاغل آزاد مورد استفاده قرار میگیرد مشمول مالیات دولت متعاهدی است که پایگاه ثابت یا محل کار ثابت در قلمرو آن واقع است.

۳ــ کشتی ها وهواپیماهائی که در خطوط بین المللی از آنها بهره برداری میشود وهمچنین اموال منقولی که برای بهره برداری از آنها اختصاص داده شده است فقط مشمول مالیات دولت متعاهدی است که مقر اداره واقعی موسسه در قلمرو آن واقع است .

۴ــ سایراقلام ثروت متعلق به مقیم قلمرویک دولت متعاهد فقط مشمول مالیات این دولت میباشد .

مـــاده ۲۴

۱ــ در مورد اشخاص مقیم جمهوری فدرال آلمان نحوه اجتناب از اخذ مالیات مضاعف بشرح زیر خواهد بود :

الف ــ درآمد های حاصل از ایران باستثنای درآمد های منظور شده در جزء "ب" تا جزء "ت" واقلام ثروت واقع در ایران که طبق

مواد قبل در قلمرو این دولت مشمول مالیات شناخته شده اند از مالیاتهای آلمان معاف خواهند بود . این قاعده مانع جمهوری فدرال آلمان را در تعیین نرخ مالیاتهای خود برای منظور نمودن درآمدها و اقلام ثروتی که باین ترتیب معاف شده اند محدود نمیکند .

در مورد سود سهام مقررات مذکور در قسمت اول این جزء فقط در صورتی اجراء میشود که سود سهام توسط یک شرکت سهامی مقیم ایران بیک شرکت سرمایه ای مقیم جمهوری فدرال آلمان که حداقل ۲۵ درصد از سرمایه دارای حق رای شرکت اول را مستقیماً در اختیار دارد پرداخت شده باشد . سهام یا سهم الشرکه های شرکتی که مقیم ایران است تحت همین شرایط از مالیات بر ثروت در یافتی در جمهوری فدرال آلمان معاف میباشد .

ب — مالیاتی که مطابق مقررات مواد قبلی از درآمدهای زیر که در ایران حاصل و در این کشور وصول شده است از مالیات آلمان کسر خواهد شد :

الف — الف) سود سهامی که در بند الف ذکر نشده است .

ب — ب) بهره .

ج — ج) حق الامتیاز .

ت — ت) حقوق مقرریهای منظور شده در بند ۱ ماده ۱۱۵ که بموجب مقررات مزبور از مالیات آلمان معاف نشده است .

این مبلغ قابل کسر نباید از آن قسمت از مالیات آلمان که قبل از کسر آن به درآمدهای حاصل در ایران تعلق میگیرد تجاوز نماید .

ج — معهذا اگر سود سهام یا حق الامتیاز مذکور در جزء "ب" بموجب قواعد خاصی که در قوانین ایران به منظور تشویق توسعه اقتصاد ایران پیش بینی شده است از مالیات ایران معاف باشد یا در نرخ مالیاتی آنها تخفیف داده شده باشد مالیاتیکه در صورت فقد چنین مقررات خاصی در مورد این سود سهام یا این حق الامتیاز در ایران قابل پرداخت میبود از مالیات آلمان کسر خواهد شد . بدیهی است مبلغی که باین ترتیب قابل کسر کردن است نباید از مبلغی که بعنوان مالیات ایران حسب مورد مطابق مقررات جزء "ب" بند ۲ ماده ۱۰ یا بند ۲ ماده ۱۲ ممکن است برداشت نمود تجاوز نماید .

مقامات صلاحیتدار دول متعاهد از طریق توافق طبق مفاد ماده ۲۶ مقررات قانون ایران را که ترتیبات خاصی در زمینه شرایط فوق الذکر پیش بینی کرده است مشخص خواهند کرد .

ند. اگر درآمد های شرکتی منحصرا" یا تقریبا" بطور انحصاری از تولید فروش اموال یا مال التجاره اجاره بها مزارعه یا از انجام خدمات یا عملیات بانکی یا بیمه بهره یا سود سهام از ایران تحصیل نشده باشد (در مورد ی که سود سهام بوسیله یک یا چند شرکت مقیم ایران که بیش از ۲۵ درصد از سرمایه آن در اختیار شرکت اول قرار دارد تقسیم شده باشد مشروط براینکه درآمد شرکت دوم منحصرا" یا تقریبا" بطور انحصاری از فعالیتهای فوق الذکر حاصل شده باشد) مقررات جزء الف در مورد سود سهام تقسیم شده این شرکت اجرا نمیشود در اینصورت مالیات سود سهام پرداخت شده در ایران مطابق مقررات جزء "ب" از مالیات آلمان کسر میشود .

۲ــ در مورد اشخاص مقیم ایران نحوه اجتناب از اخذ مالیات مضاعف بشرح زیر خواهد بود .

مالیاتی که مطابق مقررات این قرارداد از درآمد های حاصله در جمهوری فدرال آلمان و از آن جمله حقوق و مستمریهای مذکور در بند ۱ ماده ۱۹ در جمهوری فدرال آلمان وصول شده و بموجب این مقررات از مالیات ایران معاف نمیباشند از مالیات ایران که مربوط بهمین درآمد ها است کسر خواهد گردید .

این مبلغ قابل کسر نباید از آن قسمت از مالیات ایران که بدرآمد های حاصله در جمهوری فدرال آلمان قبل از کسر تعلق میگیرد تجاوز نماید .

ماده ۲۵

۱ــ به اتباع یک دولت متعاهد در قلمرو دولت متعاهد دیگر هیچ نوع مالیات یا الزامات ناشی از آن که مغایر یا سنگین تر از آنچه که اتباع این دولت دیگر در همان شرایط مشمول آن میشوند یا ممکن است مشمول آن بشوند تحمیل نمیگردد .

۲ــ نسبت بمؤسسه ثابتی که مؤسسه یک دولت متعاهد در قلمرو دولت متعاهد دیگر دارد در قلمرو دولت اخیر شرایط مالیاتی نامساعد تری از شرایط مالیاتی مؤسسات این دولت دیگر که همان فعالیت را انجام میدهند برقرار نمیشود . این مقررات بنحوی تفسیر نخواهد شد که یک دولت متعاهد را ملزم نماید که معافیت شخصی وحد اقل بخشودگی و تخفیف مالیاتی را که بسبب وضع یا هزینه خانوادگی برای اشخاص مقیم قلمرو خود قائل است باشخاص مقیم قلمرو دولت متعاهد دیگر اعطاء نماید .

۳ــ بموسسات یك دولت متعاهد كه سرمایه آن جزء یا كلا بطور مستقیم یا غیرمستقیم در اختیار یا تحت كنترل یك یا چند مقیم قلمرو دولت متعاهد دیگر میباشد در قلمرو دولت متعاهد اول هیچ نوع مالیات یا الزامات ناشی از آنكه مغایر یا سنگین تر از آنچه كه سایر موسسات مشابه این دولت مشمول آن میشوند یا ممكن است مشمول آن بشوند تحمیل نمیگردد .

٤ــ اصطلاح " مالیات " در این ماده بهر نوع مالیات بهر عنوان كه باشد اطلاق میشود .

مـــاده ۲٦

۱ــ هرگاه مقیم قلمرو یك دولت متعاهد تشخیص دهد كه روش متخذه یك دولت متعاهد یا هر دو دولت متعاهد مستلزم تسلق مالیاتی مغایر مقررات این قرارداد باشد یا ممكن است باشد علاوه بر حق اقامه دعوی بترتیبی كه در قوانین ملی هر یك از دو دولت پیش بینی شده است میتواند مورد را بمقام صلاحیتدار دولت متعاهدی كه در آن مقیم است عرضه نماید .

۲ــ این مقام صلاحیتدار در صورتیكه اعتراض وارد بداند و نتواند در مقام ارائه راه حل رضایت بخش برآید سعی خواهد نمود كه از طریق توافق دوستانه با مقام صلاحیتدار دولت متعاهد دیگر بمنظور اجتناب از اخذ مالیاتی مغایر مقررات این قرارداد موضوع را فیصله دهد .

۳ــ مقامات صلاحیتدار دو دولت متعاهد سعی خواهند نمود از طریق توافق دوستانه مشكلات راجع و تردیدهای ناشی از تفسیر یا اجرای قرارداد را رفع نمایند . مقامات مذكور میتوانند بمنظور اجتناب از اخذ مالیات مضاعف نسبت بموارد یكه در این قرارداد پیش بینی نشده است تبادل نظر نمایند .

٤ــ مقامات صلاحیتدار دو دولت متعاهد میتوانند بمنظور حصول توافق هائی كه ربنده های قبلی مشخص شده است با یكدیگر ارتباط مستقیم برقرار نمایند .

مـــاده ۲۷

۱ــ مقامات صلاحیتدار دو دولت متعاهد برای اجرای مقررات این قرارداد اطلاعات لازم را با یكدیگر مبادله خواهند نمود .

هر اطلاعی كه بدین طریق مبادله شود محرمانه خواهد ماند و فقط در اختیار اشخاص یا مقاماتی قرار میگیرد كه مسئول تشخیص و وصول مالیات منظور در این قرارداد میباشند .

۲ــ مقررات بند ۱ نباید در هیچ مورد بنحوی تفسیر شود که یکی از دو
دولت متعاهد را مکلف نماید که :

الف) تدابیر اداری خلاف مقررات قانون یا رویه اداری خود و یا دولت
متعاهد دیگر اتخاذ نماید .

ب) اطلاعاتی را که نتواند براساس مقررات قانونی یا در حدود رویه
اداری معمول خود و یا دولت متعاهد دیگر تحصیل نماید فراهم کند .

ج) اطلاعاتی را که اسرار تجاری یا صنعتی یا حرفه‌ای یا فرمول تجاری را
آشکار نماید و یا اطلاعاتی را که مباد له آن مخالف نظم عمومی باشد اعلام
نماید .

ماده ۲۸

مقررات این قرارداد بمزایای مالیاتی کارمندان سیاسی یا کنسولی که بموجب
قواعد عمومی حقوق بین الملل یا بموجب مقررات موافقتنامه‌های خاص از آن
برخوردارمیباشند لطمه‌ای وارد نخواهد ساخت .

ماده ۲۹

این قرارداد در مورد لاند برلن نیز قابل اجرا است مگر آنکه دولت جمهوری
فدرال آلمان ظرف سه ماه از تاریخ اجرای این قرارداد اظهاریه مخالفی تسلیم
دولت شاهنشاهی ایران بنماید .

ماده ۳۰

۱ــ این قرارداد بتصویب خواهد رسید واسناد تصویب آن هرچه زودتر
در تهران مباد له خواهد شد .

۲ــ این قرارداد یکماه پس از تاریخ مباد له اسناد تصویب آن لازم الاجرا
خواهد بود و برای اولین بار نسبت بمالیاتهای دریافتی :

الف ــ در جمهوری فدرال آلمان .

برای سال مالیاتی که از اول ژانویه سال بعد از سال اجرای این قرارداد شروع
میشود .

۲ــ در ایران .

برای سال مالیاتی که از اول ژانویه سال بعد از سال اجرای این قرارداد و یا در
صورتیکه سال مالیاتی از اول ژانویه شروع نشود برای سال مالیاتی که بعد از اول
ژانویه میباشد اجرا خواهد شد .

مـــاده ۲۱

۱ــ مدت اعتبار این قرارداد نامحدود است .

۲ــ از اول ژانویه پنجمین سال بعد از سال تصویب این قرارداد هریک از دو دولت متعاهد میتوانند ظرف ششماهه اول هر سال مدتر کتبا" و از طریق سیاسی تمایل خود را ابر بخاتمه دادن اعتبار این قرارداد به دولت دیگر اعلام نماید . در اینصورت اجرای این قرارداد نسبت بمالیاتهای دریافتی :

۱ــ در جمهوری فدرال آلمان .

برای سال مالیاتی که از اول ژانویه سال بعد از سال اعلام شروع میشود .

۲ــ در ایران :

برای سال مالیاتی که از اول ژانویه سال بعد از سال اعلام و یا اگر سال مالیاتی از اول ژانویه شروع نشود برای سال مالیاتی که بعد از اول ژانویه میباشد متوقف خواهد شد .

بنابمراتب فوق نمایندگان مختار دو دولت این قرارداد را مهر و امضا" نمودند .

این قرارداد در ۶ نسخه تنظیم شد که دو نسخه آن بزبان فارسی و دو نسخه بزبان آلمانی و دو نسخه بزبان فرانسه میباشد که هر شش نسخه معتبر است در صورت اختلاف در تفسیر متن ایرانی و آلمانی متن فرانسه معتبر خواهد بود .

در بن بتاریخ ۲۹ آذرماه ۱۳۴۷

ازطرف دولت جمهوری فدرال آلمان ازطرف دولت شاهنشاهی ایران

Convention entre la République Fédérale d'Allemagne et l'Empire de l'Iran en vue d'éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
SA MAJESTÉ LE CHAH-IN-CHAH DE L'IRAN

DÉSIREUX DE CONSOLIDER les relations d'amitié entre les deux pays ont décidé de conclure une convention en vue d'éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune et ont designé à cet effet pour leurs plénipotentiaires:

LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE:

Monsieur Georg Ferdinand Duckwitz,
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères,

Monsieur Walter Grund,
Secrétaire d'Etat du Ministère fédéral des Finances,

SA MAJESTÉ LE CHAH-IN-CHAH DE L'IRAN:

Général de corps d'armée
Mozaffar Malek,
Ambassadeur de l'Empire d'Iran à Bonn.

LESQUELS, après avoir échangé leurs mandats de pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1er

(1) La présente Convention s'applique aux personnes qui sont des résidents d'un Etat contractant ou de chacun des deux Etats.

(2) La présente Convention ne s'applique pas aux revenus de toute sorte provenant d'une activité exercée en Iran qui est approuvée par la législation particulière iranienne concernant les contrats en matière petrolifère et de ses dérivés; il en est de même pour la fortune engagée à l'exercice d'une telle activité.

Article 2

(1) La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte de chacun des Etats contractants, de ses «Länder», de ses subdivisions politiques et de ses collectivités locales, quel que soit le système de perception.

(2) Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune les impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale, ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers, les impôts sur le montant des salaires payés par les entreprises, ainsi que les impôts sur les plus-values.

(3) Les impôts actuels auxquels s'applique la Convention sont notamment:

1. En ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne:
   a) l'impôt sur le revenu des personnes physiques (Einkommensteuer) ou des sociétés (Körperschaftsteuer),
   b) l'impôt sur la fortune (Vermögensteuer),
   c) la contribution des patentes (Gewerbesteuer)
   (ci-après denommés «impôt allemand»);
2. En ce qui concerne l'Empire de l'Iran:
   l'impôt sur le revenu, y compris les impôts additionnels (Mozoué ghanouné maleiat bar daramad)
   (ci-après denommés «impôt iranien»).

(4) La Convention s'appliquera aussi aux impôts futurs de nature identique ou analogue qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou qui les remplaceraient.

Article 3

(1) Au sens de la présente Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente:

(a) Le terme «République Fédérale d'Allemagne», désigne le territoire d'application de la Loi Fondamentale pour la République Fédérale d'Allemagne.

(b) Le terme «l'Iran» désigne le territoire de l'Empire de l'Iran.

(c) Les expressions «un Etat contractant» et «l'autre Etat contractant» désignent, suivant le contexte, la République Fédérale d'Allemagne ou l'Iran.

(d) Le terme «personne» comprend les personnes physiques, les sociétés et tous autres groupements de personnes.

(e) Le terme «société» désigne toute personne morale ou toute entité qui est considérée comme une personne morale aux fins d'imposition.

(f) Les expressions «entreprise d'un Etat contractant» et «entreprise de l'autre Etat contractant» désignent respectivement une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant.

(g) Le terme «nationaux» désigne
   (aa) en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne, tous les allemands au sens de l'article 116, paragraphe 1, de la Loi Fondamentale pour la République Fédérale d'Allemagne et toutes les personnes morales, sociétés de personnes et associations constituées conformément à la législation en vigueur dans la République Fédérale d'Allemagne;
   (bb) en ce qui concerne l'Iran toutes les personnes physiques qui possèdent la nationalité iranienne et toutes les personnes morales, sociétés de personnes et associations constituées conformément à la législation en vigueur en Iran.

(h) L'expression «autorité compétente» désigne:
   (aa) en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne le Ministre Fédéral des Finances;
   (bb) en ce qui concerne l'Iran le Ministre des Finances.

(2) Pour l'application de la Convention par un Etat contractant, toute expression qui n'est pas autrement définie dans cette Convention a le sens qui lui est attribué par la législation dudit Etat régissant les impôts faisant l'objet de la Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.

Article 4

(1) Au sens de la présente Convention, l'expression «résident d'un Etat contractant» désigne toute personne qui, en vertu de la législation dudit Etat, est assujettie à l'impôt dans cet Etat, en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère de nature analogue.

(2) Lorsque, selon la disposition du paragraphe 1, une personne physique est considérée comme résident de chacun des Etats contractants, le cas est résolu d'après les règles suivantes:

(a) Cette personne est considérée comme résident de l'Etat contractant où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Lorsqu'elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans chacun des Etats contractants, elle est considérée comme résident de l'Etat contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

(b) Si l'Etat contractant où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut pas être déterminé, ou qu'elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des Etats contractants, elle est considérée comme résident de l'Etat contractant où elle séjourne de façon habituelle;

(c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans chacun des Etats contractants ou qu'elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme résident de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité;

(d) Si cette personne possède la nationalité de chacun des Etats contractants ou qu'elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants tranchent la question d'un commun accord.

(3) Lorsque, selon la disposition du paragraphe 1, une personne autre qu'une personne physique est considérée comme résident de chacun des Etats contractants, elle est réputée résident de l'Etat contractant où se trouve son siège de direction effective.

Article 5

(1) Au sens de la présente Convention, l'expression «établissement stable» désigne une installation fixe d'affaires où l'entreprise exerce tout ou partie de son activité.

(2) L'expression «établissement stable« comprend notamment:

a) un siège de direction;

b) une succursale;

c) un établissement de vente;

d) un bureau;

e) une usine;

f) un atelier;

g) une mine, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles;

h) un chantier de construction ou de montage dont la durée dépasse six mois.

(3) On ne considère pas qu'il y a établissement stable si:

a) il est fait usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;

c) des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de transformation par une autre entreprise;

d) une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;

e) une installation fixe d'affaires est utilisée, pour l'entreprise, aux seules fins de publicité, de fourniture d'informations, de recherches scientifiques ou d'activités analogues qui ont un caractère préparatoire ou auxiliaire.

(4) Une personne agissant dans un Etat contractant pour le compte d'une entreprise de l'autre Etat contractant — autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant, visé au paragraphe 5 — est considérée comme «établissement stable» dans le premier Etat si elle dispose dans cet Etat de pouvoirs qu'elle y exerce habituellement lui permettant de conclure des contrats au nom de l'entreprise, à moins que l'activité de cette personne ne soit limitée à l'achat de marchandises pour l'entreprise.

(5) On ne considère pas qu'un entreprise d'un Etat contractant a un établissement stable dans l'autre Etat contractant du seul fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de toute autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.

(6) Le fait qu'une société qui est un résident d'un Etat contractant contrôle ou est contrôlée par une société qui est un résident de l'autre Etat contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6

(1) Les revenus provenant de biens immobiliers sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

(2) L'expression «biens immobiliers» est définie conformément au droit de l'Etat contractant où les biens considérés sont situés. L'expression englobe en tous cas les accessoires, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des redevances variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres richesses du sol; les navires, bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme biens immobiliers.

(3) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

(4) Les dispositions des paragraphes 1 et 3 s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession libérale.

Article 7

(1) Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans l'autre Etat con-

tractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, les bénéfices de l'entreprise sont imposables dans l'autre Etat mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.

(2) Lorsqu'une entreprise d'un Etat contractant exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chaque Etat contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu réaliser s'il avait constitué une entreprise distincte et séparée exercant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

(3) Dans le calcul des bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses exposées aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'Etat où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

(4) Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable du fait que cet établissement stable a simplement acheté des marchandises pour l'entreprise.

(5) Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions de ces articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

Article 8

(1) Les bénéfices provenant de l'exploitation, en trafic international, de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'Etat contractant où le siège de la direction effective de l'entreprise est situé.

(2) Si le siège de la direction effective d'une entreprise de navigation maritime est à bord d'un navire ou d'un bateau, ce siège est réputé situé dans l'Etat contractant où se trouve le port d'attache de ce navire ou de ce bateau, ou à défaut de port d'attache, dans l'Etat contractant dont l'exploitant du navire ou du bateau est un résident.

Article 9

Lorsque

a) une entreprise d'un Etat contractant participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant, ou que

b) les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un Etat contractant et d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

et que, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions acceptées ou imposées, qui diffèrent de celles qui seraient conclues entre les entreprises indépendantes, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été obtenus par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

Article 10

(1) Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Toutefois, ces dividendes peuvent être imposés dans l'Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, et selon la législation de cet Etat, mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder:

a) 15 pour cent du montant brut des dividendes si le bénéficiaire des dividendes est une société qui dispose directement d'au moins 25 pour cent du capital assorti d'un droit de vote de la société qui paie les dividendes;

b) 20 pour cent du montant brut des dividendes, dans tous les autres cas.

(3) Par dérogation au paragraphe 2, aussi longtemps que dans la République Fédérale d'Allemagne le taux de l'impôt des sociétés pour les bénéfices distribués reste inférieur de 20 points au moins au taux fixé pour les bénéfices non distribués, l'impôt imposé sur les dividendes dans la République Fédérale d'Allemagne pourra s'élever à 25 pour cent du montant brut des dividendes, si

a) les dividendes proviennent d'une société de capitaux (Kapitalgesellschaft) résidente de la République Fédérale d'Allemagne et sont recueillis par une société résidente de l'Iran, et si

b) la société résidente de l'Iran dispose directement ou indirectement d'au moins 25 pour cent du capital assorti d'un droit de vote de la société de capitaux (Kapitalgesellschaft) résidente de la République Fédérale d'Allemagne.

(4) Le terme « dividendes » employé dans cette Convention désigne les revenus provenant d'actions, actions ou bons de jouissance, parts de mine, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires à l'exception des créances, ainsi que les revenus d'autres parts sociales assimilés aux revenus d'actions par la législation fiscale de l'Etat dont la société distributrice est un résident.

(5) Les dispositions des paragraphes 1 à 3 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des dividendes, résident d'un Etat contractant, a, dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, un établissement stable auquel se rattache effectivement la participation génératrice des dividendes. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

(6) Lorsqu'une société qui est un résident d'un Etat contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société aux personnes qui ne sont pas des résidents de cet autre Etat, ni prélever aucun impôt, au titre de l'imposition des bénéfices non distribués, sur les bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre Etat.

Article 11

(1) Les intérêts provenant d'un Etat contractant et payés à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Toutefois, ces intérêts peuvent être imposés dans l'Etat contractant d'où ils proviennent, et selon la législation de cet Etat, mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 pour cent du montant brut des intérêts.

(3) Les intérêts provenant de la République Fédérale d'Allemagne et reçus par la Banque Markazie de l'Iran dans le cadre de sa fonction publique sont exonérés de l'impôt allemand. Les intérêts provenant de l'Iran et reçus par la Deutsche Bundesbank ou par la Kreditanstalt für Wiederaufbau, dans le cadre de leurs fonctions publiques, sont exonérés de l'impôt iranien.

(4) Le terme « intérêts » employé dans cette Convention désigne les revenus des fonds publics, des obligations d'emprunts, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices, et des créances de toute nature, ainsi que tous autres produits assimilés aux revenus de sommes prêtées par la législation fiscale de l'Etat d'où proviennent les revenus.

(5) Les dispositions des paragraphes 1 à 3 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des intérêts, résident d'un Etat contractant, a, dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les intérêts, un établissement stable auquel se rattache effectivement la créance génératrice des intérêts. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

(6) Les intérêts sont considérés comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est cet Etat lui-même, un « Land », une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable pour lequel l'emprunt générateur des intérêts a été contracté et qui supporte la charge de ces intérêts, lesdits intérêts sont réputés provenir de l'Etat contractant où l'établissement stable est situé.

(7) Si, par suite de relations spéciales existant entre le débiteur et le créancier ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des intérêts payés, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont versés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le créancier en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 12

(1) Les redevances provenant d'un Etat contractant et payées à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Toutefois, ces redevances peuvent être imposées dans l'Etat contractant d'où elles proviennent, et selon la législation de cet Etat, mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 pour cent du montant brut des redevances.

(3) Le terme « redevances » employé dans cette Convention désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, technique, commercial, agricole ou scientifique et pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, technique, commercial, agricole ou scientifique.

(4) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des redevances, résident d'un Etat contractant, a, dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances, un établissement stable auquel se rattache effectivement le droit ou le bien générateur des redevances. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 sont applicables.

(5) Les redevances sont considérés comme provenant d'un Etat contractant lorsque le débiteur est cet Etat lui-même, un « Land », une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non résident d'un Etat contractant, a dans un Etat contractant un établissement stable pour lequel l'obligation génératrice des redevances a été contractée et qui supporte la charge de ces redevances, lesdites redevances sont réputées provenir de l'Etat contractant où l'établissement stable est situé.

(6) Si, par suite de relations spéciales existant entre le débiteur et le créancier ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des redevances payées, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont versées, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le créancier en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention, toutefois, si les redevances sont calculées sur la base du bénéfice du débiteur, la partie excédentaire établie suivant les dispositions précédentes est considérée comme provenant d'un établissement stable du créancier dans l'Etat contractant d'où les redevances proviennent, et dans ce cas les dispositions de l'article 7 sont applicables.

Article 13

(1) Les gains provenant de l'aliénation des biens immobiliers, tels qu'ils sont définis au paragraphe 2 de l'article 6, sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

(2) Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou de biens mobiliers constitutifs d'une base fixe dont dispose un résident d'un Etat contractant dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession libérale, y compris de tels gains provenant de l'aliénation globale de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat. Toutefois, les gains provenant de l'aliénation des biens mobiliers visés au paragraphe 3 de l'article 23, ne sont imposables que dans l'Etat contractant où les biens en question eux-mêmes sont imposables en vertu dudit article.

(3) Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux qui sont mentionnés aux paragraphes 1 et 2 ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

Article 14

(1) Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités indépendantes de caractère analogue ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que ce résident ne dispose de façon habituelle dans l'autre Etat contractant d'une base fixe pour l'exercise de ses activités. S'il dispose d'une telle base, les revenus sont imposables dans l'autre Etat mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables à ladite base fixe.

(2) L'expression « professions libérales » comprend en particulier les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

Article 15

(1) Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Si l'emploi y est exercé, les rémunérations reçues à ce titre sont imposables dans cet autre Etat.

(2) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant, ne sont imposables que dans le premier Etat si:

a) le bénéficiaire séjourne dans l'autre Etat pendant une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année fiscale considérée; et
b) les rémunérations sont payées par un employeur ou au nom d'un employeur qui n'est pas résident de l'autre Etat; et
c) la charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre Etat.

(3) Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef en trafic international sont imposables dans l'Etat contractant où le siège de la direction effective de l'entreprise est situé.

Article 16

Les tantièmes, jetons de présence et autres rétributions similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance d'une société qui est un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

Article 17

Nonobstant les dispositions des articles 14 et 15, les revenus que les professionnels du spectacle, tels les artistes de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision et les musiciens, ainsi que les sportifs retirent de leurs activités personnelles en cette qualité sont imposables dans l'Etat contractant où ces activités sont exercées.

Article 18

Sous réserve des dispositions du paragraphe 1 de l'article 19, les pensions et autres rémunérations similaires, versées à un résident d'un Etat contractant au titre d'un emploi antérieur, ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 19

(1) Les salaires, traitements et autres rémunérations similaires, ainsi que les pensions de retraite, versés par un Etat contractant, par un «Land» ou par une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales, soit directement, soit par prélèvement sur des fonds qu'ils ont constitués, à une personne physique résident de l'autre Etat au titre de services rendus sont imposables dans le premier Etat. Ces rémunérations et pensions sont exonérées de l'impôt de l'autre Etat dont le bénéficiaire est résident lorsqu'il possède la nationalité du premier Etat sans avoir en même temps la nationalité de cet autre Etat.

(2) Les dispositions des articles 15, 16 et 18 s'appliquent aux rémunérations ou pensions versées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité commerciale ou industrielle exercée par l'un des Etats contractants, par un «Land» ou une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales.

(3) Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, tombent sous l'application du paragraphe 1 les rémunérations et pensions allouées à leur personnel par les organismes dont les recettes et les dépenses sont inclues dans le budget général de l'Etat contractant auquel ils appartiennent, y compris, en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne, la Deutsche Bundesbank, la Deutsche Bundesbahn et la Deutsche Bundespost.

(4) Les indemnités attribuées sous forme de pensions, rentes viagères et autres prestations, périodiques ou non, par un Etat contractant, par un «Land» ou par une personne morale de droit public de cet Etat en raison de dommages subis du fait des hostilités ou de persécutions politiques sont exonérées de l'impôt de l'autre Etat contractant.

Article 20

(1) Les sommes qu'un étudiant ou un stagiaire qui est, ou qui était auparavant, un résident d'un Etat contractant et qui séjourne dans l'autre Etat contractant à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation, reçoit pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation sont exonérées de l'impôt de cet autre Etat, à condition qu'elles proviennent de sources situées en dehors de cet autre Etat.

(2) Les étudiants qui sont, ou qui étaient auparavant, résidents d'un Etat contractant et qui séjournent dans l'autre Etat contractant à seule fin d'y poursuivre des études à une université ou autre institution d'enseignement supérieur ou technique sont exonérés de l'impôt de cet autre Etat pour les rémunérations qu'ils y reçoivent à raison d'un emploi au but d'une formation pratique directement liée à leurs études, à condition que la durée dudit emploi ne dépasse pas 183 jours.

Article 21

Les rémunérations quelconques des professeurs et autres membres du personnel enseignant, qui sont, ou qui étaient auparavant, résidents d'un Etat contractant et qui séjournent dans l'autre Etat contractant pour y enseigner ou s'y livrer à des recherches scientifiques, pendant une période n'excédant pas trois ans, dans une institution d'enseignement ou de recherche scientifique qui ne poursuit pas de buts lucratifs sont exonérées de l'impôt de cet autre Etat, si les rémunérations sont payées par le premier Etat ou par une institution qui est subventionnée d'au moins de 50 pour cent de ses dépenses annuelles par ce premier Etat et qui ne poursuit pas de buts lucratifs.

Article 22

Les éléments du revenu d'un résident d'un Etat contractant qui ne sont pas expressément mentionnés dans les articles précédents de la présente Convention ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 23

(1) La fortune constituée par des biens immobiliers, tels qu'ils sont définis au paragraphe 2 de l'article 6, est imposable dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

(2) La fortune constituée par des biens mobiliers faisant partie de l'actif d'un établissement stable d'une entreprise ou par des biens mobiliers constitutifs d'une base fixe servant à l'exercice d'une profession libérale est imposable dans l'Etat contractant où est situé l'établissement stable ou la base fixe.

(3) Les navires et les aéronefs exploités en trafic international ainsi que les biens mobiliers affectés à leur exploitation ne sont imposables que dans l'Etat contractant où le siège de la direction effective de l'entreprise est situé.

(4) Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

Article 24

(1) En ce qui concerne des résidents de la République Fédérale d'Allemagne, la double imposition est évitée de la manière suivante:

a) Les revenus provenant de l'Iran — à l'exclusion des revenus visés aux alinéas b à d — et les éléments de la fortune situés dans l'Iran, qui sont imposables dans cet Etat en vertu des articles précédents, sont exonérés de l'impôt allemand. Cette règle ne limite pas le droit de la République Fédérale d'Allemagne de tenir compte, lors de la détermination du taux de ses impôts, des revenus et des éléments de la fortune ainsi exonérés. Dans le cas des dividendes la première phrase s'applique seulement, lorsque les dividendes sont payés par une société par actions résidente de l'Iran à une société de capitaux (Kapitalgesellschaft) résidente de la République Fédérale d'Allemagne, qui dispose directement d'au moins 25 pour cent du capital assorti d'un droit de vote de la première société. Les actions ou parts de la société résidente de l'Iran sont, aux mêmes conditions, exonérées de l'impôt sur la fortune perçu dans la République Fédérale d'Allemagne.

b) Est imputé sur l'impôt allemand afférent aux revenus suivants qui proviennent de l'Iran l'impôt iranien perçu conformément aux dispositions des articles précédents sur

   aa) les dividendes non mentionnés à l'alinéa a;

   bb) les intérêts;

   cc) les redevances;

   dd) les rémunérations et pensions visées au paragraphe 1 de l'article 19 qui, selon cette disposition, ne sont pas exonérées de l'impôt allemand.

   Le montant imputable ne peut pas excéder la partie de l'impôt allemand, calculé avant l'imputation, qui correspond aux revenus provenant de l'Iran.

c) Toutefois, si les dividendes ou les redevances mentionnés à l'alinéa b sont exonérés de l'impôt iranien, ou imposés en Iran à un taux réduit, en vertu de mesures spéciales prévues par les lois iraniennes en vue d'encourager le développement de l'économie iranienne, il sera imputé sur l'impôt allemand sur ces dividendes ou ces redevances l'impôt iranien qui serait payable en l'absence de ces mesures spéciales, précision faite que le montant ainsi imputable ne peut pas excéder le montant qui peut être prélevé comme impôt iranien selon les dispositions de l'alinéa b du paragraphe 2 de l'article 10 ou du paragraphe 2 de l'article 12, respectivement. Les autorités compétentes des Etat contractants s'entendent selon l'article 26 pour constater quelles sont les dispositions de la loi iranienne prévoyant les mesures spéciales au sens de la disposition précédente.

d) Les dispositions de l'alinéa a ne s'appliquent pas aux dividendes distribués par une société, si les revenus de ladite société ne sont pas tirés exclusivement ou presque exclusivement de la production ou de la vente de biens ou marchandises, de location ou d'affermage, de prestations de services ou d'opérations bancaires ou d'assurance, ou d'intérêts ou de dividendes provenants de l'Iran, pourvu que — dans le cas de dividendes distribués par une ou plusieurs sociétés résidentes de l'Iran dont plus que 25 pour cent du capital sont détenus par la première société — les revenus de la deuxième société proviennent exclusivement ou presque exclusivement des activités énumerées ci-dessus.

   Dans ce cas, l'impôt iranien sur les dividendes est imputé sur l'impôt allemand, selon les dispositions de l'alinéa b.

(2) En ce qui concerne les résidents de l'Iran, la double imposition est évitée de la manière suivante:

L'impôt perçu dans la République Fédérale d'Allemagne conformément aux dispositions de cette Convention sur les revenus provenant de la République Fédérale d'Allemagne, y compris les rémunérations et pensions visées au paragraphe 1 de l'article 19 qui, selon cette disposition, ne sont pas exonérées de l'impôt iranien, est imputé sur l'impôt iranien afférent à ces mêmes revenus. Le montant imputable ne peut pas excéder la partie de l'impôt iranien, calculé avant l'imputation, qui correspond aux revenus provenant de la République Fédérale d'Allemagne.

Article 25

(1) Les nationaux d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourront être assujettis les nationaux de cet autre Etat se trouvant dans la même situation.

(2) L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant n'est pas établie dans cet autre Etat d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre Etat qui exercent la même activité.

Cette disposition ne peut être interprétée comme obligeant un Etat contractant à accorder aux résidents de l'autre Etat contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt en fonction de la situation ou des charges de famille qu'il accorde à ses propres résidents.

(3) Les entreprises d'un Etat contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant, ne sont soumises dans le premier Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourront être assujetties les autres entreprises de même nature de ce premier Etat.

(4) Le terme «imposition» désigne dans le présent article les impôts de toute nature ou dénomination.

Article 26

(1) Lorsqu'un résident d'un Etat contractant estime que les mesures prises par un Etat contractant ou par chacun des deux Etats entraînent ou entraîneront pour lui une imposition non conforme à la présente Convention, il peut, indépendamment des recours prévus par la législation nationale de ces Etats, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont il est résident.

(2) Cette autorité compétente s'efforcera, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'apporter une solution satisfaisante, de rég-

ler la question par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter une imposition non conforme à la Convention.

(3) Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent, par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu l'interprétation ou l'application de la Convention. Elles peuvent aussi se concerter en vue d'eviter la double imposition dans les cas non prévus par la Convention.

(4) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord comme il est indiqué aux paragraphes précédents.

Article 27

(1) Les autorités compétentes des Etats contractants échangeront les renseignements nécessaires pour appliquer les dispositions de la présente Convention. Tout renseignement ainsi échangé sera tenu secret et ne pourra être communiqué qu'aux personnes ou autorités chargées de l'établissement ou du recouvrement des impôts visés par la présente Convention.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à l'un des Etats contractants l'obligation:

a) de prendre des dispositions administratives dérogeant à sa propre législation ou à sa pratique administrative ou à celle de l'autre Etat contractant;

b) de fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa propre législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre Etat contractant;

c) de transmettre des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

Article 28

Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les fonctionnaires diplomatiques ou consulaires en vertu soit de règles générales du droit des gens, soit des dispositions d'accords particuliers.

Article 29

Cette Convention s'appliquera également au Land Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne au Gouvernement de l'Empire de l'Iran dans les trois mois qui suivent l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 30

(1) Cette Convention sera ratifiée et les instruments de la ratification seront échangés le plus tôt possible à Teheran.

(2) La Convention entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification et elle s'appliquera pour la première fois aux impôts perçus

a) en République Fédérale d'Allemagne:

pour l'année d'imposition qui commence le 1er janvier de l'année suivant celle de son entrée en vigueur;

b) en Iran:

pour l'année d'imposition qui commence le 1er janvier de l'année suivant celle de son entrée en vigueur, ou, si l'année d'imposition ne commence pas au 1er janvier, pour l'année d'imposition qui suit ce 1er janvier.

Article 31

(1) Cette Convention restera en vigueur pendant une durée indéterminée.

(2) A partir du 1er janvier de la cinquième année suivant celle de sa ratification, chacun des Etats contractants pourra notifier à l'autre Etat dans le courant des six premiers mois d'une année civile, par écrit et par voie diplomatique, son intention d'y mettre fin. Dans ce cas, la Convention cessera de s'appliquer aux impôts perçus

1. en République Fédérale d'Allemagne:

pour l'année d'imposition qui commence le 1er janvier de l'année suivant celle de la notification;

2. en Iran:

pour l'année d'imposition qui commence le 1er janvier de l'année suivant celle de la notification ou, si l'année d'imposition ne commence pas au 1er janvier, pour l'année d'imposition qui suit ce 1er janvier.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires des deux Etats ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Bonn le 20 décembre 1968 en six exemplaires dont deux en langue allemande, deux en langue persane et deux en langue française, chacun des six textes faisant foi. En cas de divergences dans l'interprétation du texte allemand et du texte persan, le texte français prévaudra.

Pour la République Fédérale d'Allemagne:

G. F. Duckwitz

Grund

Pour l'Empire de l'Iran:

M. Malek

Denkschrift zum Abkommen

Das vorliegende Abkommen ist das erste Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Kaiserreich Iran. Es stellt die traditionell guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten auf eine steuervertragliche Grundlage und soll damit zur fruchtbaren Weiterentwicklung des bilateralen Wirtschaftsverkehrs beitragen. Das Abkommen soll vor allem auch die entwicklungspolitisch erwünschten deutschen Investitionen im Iran fördern und ergänzt unter diesem Gesichtspunkt das deutsche Abkommensnetz mit den Staaten Argentinien, Ägypten, Ceylon, Griechenland, Indien, Israel, Pakistan, Spanien und Thailand.

Den Verhandlungen, die im Mai 1966 in Teheran und im November 1966 in Bonn geführt wurden, lagen deutsche Vertragsentwürfe zugrunde. Die Einzelregelungen sind der deutschen Vertragspraxis entsprechend weitgehend an das von der OECD empfohlene Musterabkommen angelehnt (vgl. Bundesanzeiger 76/1964), wodurch das Abkommen zur Harmonisierung des internationalen Steuerrechts beiträgt. Auf Grund des besonderen Charakters der deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen mußte jedoch wie in anderen Abkommen mit Entwicklungsländern ein größerer Besteuerungsspielraum bei der Quellenbesteuerung zugestanden werden, als dies in den Steuerverträgen zwischen Industriestaaten üblich ist. Gleichwohl schränkt das Abkommen, der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 6. April 1960 (Bundestagsdrucksache 1763) folgend, die Besteuerungsrechte im Kaiserreich Iran als Quellenstaat — insbesondere bei Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren — durch feste Begrenzungen ein. Andererseits werden, entsprechend dem Abkommenszweck, die deutsche Wirtschaftstätigkeit im Iran zu fördern, Steuervergünstigungen, die das iranische Recht für ausländische Investitionen gewährt, soweit vertretbar, bei der steuerlichen Behandlung in der Bundesrepublik aufrechterhalten.

Die Doppelbesteuerung wird nach dem Abkommen wie folgt vermieden:

Bei gewissen Einkünften verzichtet der Staat, aus dem sie stammen (Quellenstaat), auf die Besteuerung; sie werden nur in dem Staat besteuert, in dem der Empfänger ansässig ist (Wohnsitzstaat). Bei anderen Einkünften bleibt die Besteuerung im Quellenstaat ganz oder teilweise aufrechterhalten. Die Doppelbesteuerung wird in diesen Fällen dadurch vermieden, daß der Wohnsitzstaat die Einkünfte entweder von seiner Steuer freistellt oder die Steuer des Quellenstaates auf seine eigene Steuer anrechnet. Ähnliche Bestimmungen gelten für die Besteuerung des Vermögens.

Nach der in den deutschen Abkommen üblichen Gliederung stecken die einleitenden Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 den Geltungsbereich des Vertragswerkes ab und enthalten die für die Abkommensanwendung wichtigsten Definitionen. Die Artikel 6 bis 23 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellenstaat bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte bzw. Vermögensteile besteuern darf. Artikel 24 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellenstaat (Belegenheitsstaat) zur Besteuerung überlassenen Einkünften (Vermögensteilen) die Doppelbesteuerung vermeidet. Die abschließenden Artikel 25 bis 31 regeln den Diskriminierungsschutz, die zur Abkommensdurchführung notwendige Zusammenarbeit der Vertragstaaten und andere ergänzende Fragen.

Zu den einzelnen Abkommensregelungen ist folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1

Nach diesem Artikel gilt das Abkommen grundsätzlich für die in den Vertragstaaten ansässigen Personen ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit.

Abweichend von diesem Grundsatz sind jedoch die im Iran tätigen Erdölunternehmen von der Abkommensanwendung ausgenommen. Sie unterliegen im Iran nicht den allgemeinen Steuervorschriften, sondern ihre Besteuerung ist abschließend in den besonderen iranischen Rechtsvorschriften über die genehmigten Verträge auf dem Gebiet des Erdöls und der Erdölderivate geregelt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel bezieht umfassend die in den Vertragstaaten erhobenen Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in das Abkommen ein.

Zu Artikel 3

Absatz 1 definiert einige im Abkommen verwendete Begriffe. Absatz 2 enthält die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der in dem einen oder dem anderen Vertragstaat ansässigen Person, wonach sich der subjektive Geltungsbereich des Abkommens (siehe Artikel 1) und die Abgrenzung der Besteuerungsrechte richtet. Grundsätzlich bestimmt sich die Ansässigkeit nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragstaaten. Bei Personen, die in beiden Staaten als ansässig behandelt werden (z. B. Doppelwohnsitz), wird nach einer Reihe von Kriterien einem der Staaten für die Abkommensanwendung der Vorrang als Wohnungsstaat zuerkannt.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert in weitgehender Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD den Begriff der Betriebstätte, der für die Besteuerung der gewerblichen Einkünfte maßgebend ist (vgl. Artikel 7).

In Abweichung vom OECD-Muster ist in der beispielhaften Aufzählung von Betriebstättenformen in Absatz 2 zur Verdeutlichung — ohne materiellrechtliche Auswirkung — eine „Verkaufsstätte" auf-

geführt. Ferner soll, abweichend von der OECD-Empfehlung, eine Bauausführung oder Montage bereits bei einer Dauer von mehr als 6 Monaten (OECD: 12 Monate) eine Betriebstätte begründen.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt entsprechend dem OECD-Musterabkommen, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt.

Zu Artikel 7

Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen des anderen Staates, entsprechend dem international anerkannten Betriebstättenprinzip, nur insoweit besteuern, als der Gewinn durch eine in seinem Gebiet gelegene Betriebstätte erzielt ist.

Die Absätze 2 bis 4 enthalten Bestimmungen darüber, welcher Gewinn der Betriebstätte zuzurechnen und wie er zu ermitteln ist. Absatz 5 regelt das Verhältnis dieses Artikels zu den Abkommensbestimmungen für andere Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, wie in der deutschen Vertragspraxis üblich, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr, abweichend vom Betriebstättenprinzip, nur im Staat der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden dürfen.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel bestimmt, daß künstliche Gewinnverlagerungen zwischen verflochtenen Unternehmen steuerlich nicht anzuerkennen sind.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Dividenden.

Die Steuer des Quellenstaates wird grundsätzlich auf 20 % des Bruttobetrags der Dividenden begrenzt, wobei im übrigen der Wohnsitzstaat steuerberechtigt ist, der die Steuer des Quellenstaates bis zur zulässigen Höhe von 20 % auf seine eigene Steuer anrechnet (vgl. Artikel 24).

Fließen die Dividenden einer wesentlich beteiligten Muttergesellschaft zu (Mindestbeteiligung 25 %), so ist die Steuerbegrenzung für den Quellenstaat auf 15 % ermäßigt. Da eine deutsche Muttergesellschaft in diesem Fall für ihre Dividenden aus dem Iran das Schachtelprivileg genießt (vgl. Artikel 24), ist für sie die Besteuerung der Dividenden damit abgeschlossen.

Empfängt umgekehrt eine iranische Muttergesellschaft auf Grund einer wesentlichen Beteiligung Dividenden von einer deutschen Kapitalgesellschaft, so bleibt die deutsche Kapitalertragsteuer zum vollen Satz von 25 % (abgesehen von der neuerdings eingeführten Ergänzungsabgabe von 3 %) aufrechterhalten. Damit wird, entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages zum Steueränderungsgesetz 1958 (Bundestagsdrucksache 448 S. 2, 3. Wahlperiode), berücksichtigt, daß der ausgeschüttete Gewinn bei der deutschen Tochtergesellschaft nur der ermäßigten Körperschaftsteuer zum Satz von 15 % unterlegen hat und die iranische Muttergesellschaft die deutsche Nachsteuer von 36 % nicht zu entrichten braucht, die eine deutsche Muttergesellschaft im gleichen Falle zu tragen hätte.

Die weiteren Absätze 4 bis 6 enthalten ergänzende Bestimmungen, die dem OECD-Muster nachgebildet sind.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen.

Die Steuer des Quellenstaates wird grundsätzlich auf 15 % der Bruttozinsen begrenzt; im übrigen ist der Wohnsitzstaat steuerberechtigt, der die Steuer des Quellenstaates bis zur zugelassenen Höhe von 15 % auf seine eigene Steuer anrechnet (vgl. Artikel 24).

Abweichend von diesem Grundsatz sind Zinsen, die einerseits der „Banque Markazie de l'Iran", andererseits der Deutschen Bundesbank oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen ihrer öffentlichen Funktionen aus dem jeweils anderen Staat zufließen, in diesem Quellenstaat steuerbefreit.

Die übrigen Absätze 4 bis 7 ergänzen diese Regelung.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

Die Steuer des Quellenstaates wird auf 10 % der Bruttolizenzgebühren begrenzt, wobei im übrigen der Wohnsitzstaat steuerberechtigt ist, der die Steuer des Quellenstaates bis zur zulässigen Höhe auf seine eigene Steuer anrechnet (vgl. Artikel 24).

Die Absätze 3 bis 6 enthalten Ergänzungsbestimmungen, die im wesentlichen dem OECD-Musterabkommen entsprechen. In der Begriffsdefinition des Absatzes 3 ist, abweichend vom OECD-Muster, ausdrücklich klargestellt, daß der Begriff „Lizenzgebühren" auch Vergütungen für die Überlassung technischer oder landwirtschaftlicher Ausrüstungen sowie technischer oder landwirtschaftlicher Erfahrungen umfaßt. Absatz 6 enthält über das OECD-Modell hinaus eine Präzisierung für die Besteuerung überhöhter Lizenzgebühren, die zwischen verflochtenen Unternehmen vereinbart worden sind.

Zu Artikel 13

Nach diesem Artikel, der dem OECD-Musterabkommen nachgebildet ist, ist die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen grundsätzlich dem Wohnsitzstaat vorbehalten. Der Belegenheits-(Quellen-)staat darf aber Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen und von beweglichem Betriebstättenvermögen sowie von beweglichem Vermögen einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung besteuern. Entsprechend der Regelung für die laufenden Einkünfte gilt eine Sonderregelung für Gewinne aus der Veräußerung von

Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr sowie des beweglichen Vermögens, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel ordnet, der Empfehlung der OECD folgend, die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit — entsprechend dem Betriebstättenprinzip bei gewerblichen Einkünften — dem Staat der Arbeitsausübung zu, wenn der Steuerpflichtige dort für seine Tätigkeit regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß — vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 — Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit grundsätzlich im Staat der Arbeitsausübung besteuert werden dürfen. Dieser Grundsatz ist in den Absätzen 2 und 3 zugunsten nur vorübergehend im Ausland eingesetzter Arbeitnehmer (Monteure und dergleichen) und der Flugzeug- und Schiffsbesatzungen im internationalen Verkehr eingeschränkt.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel dürfen Künstler und Sportler stets in dem Staat besteuert werden, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel bestimmt, daß Ruhegehälter, mit Ausnahme solcher aus öffentlichen Kassen, nur im Wohnsitzstaat des Empfängers besteuert werden dürfen.

Zu Artikel 19

Nach diesem Artikel dürfen Arbeitsentgelte und Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen grundsätzlich im Kassenstaat besteuert werden. Diese Vergütungen sind im Heimatstaat des Empfängers steuerbefreit, wenn dieser die Staatsangehörigkeit des Kassenstaates besitzt, ohne zugleich Staatsangehöriger seines Wohnsitzstaates zu sein.

Die Absätze 2 und 3 enthalten Ausnahmen und ergänzende Bestimmungen zu dieser Regelung. Nach Absatz 4 gilt das Kassenprinzip auch für Entschädigungsleistungen für Schäden aus Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung.

Zu Artikel 20 und 21

Diese Bestimmungen sollen den deutsch-iranischen Austausch von Lehrkräften und in Ausbildung stehender Personen fördern.

Dazu befreit Artikel 20 Studenten und Lehrlinge unter bestimmten Voraussetzungen mit ihren Unterhalts- und Ausbildungsgeldern sowie für ihre Lohneinkünfte im Zusammenhang mit einer praktischen Ausbildung von der Steuer des Gastlandes.

Ebenso sind Gastlehrkräfte nach Artikel 21 unter bestimmten Voraussetzungen für ihre Einkünfte aus Lehr- oder Forschungstätigkeit im Gastland steuerbefreit.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel enthält die in den deutschen Abkommen übliche Klausel, daß die in den vorhergehenden Artikeln nicht behandelten Einkünfte nur im Wohnsitzstaat besteuert werden dürfen.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens. Es darf grundsätzlich nur im Wohnsitzstaat besteuert werden (Absatz 4). Unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebstätte oder einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, dürfen aber — entsprechend der Regelung für die betreffenden Einkünfte — nach den Absätzen 1 und 2 im Belegenheitsstaat besteuert werden. Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen dürfen nur im Heimatstaat des Unternehmens besteuert werden (Absatz 3).

Zu Artikel 24

Dieser Artikel legt fest, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögensteilen vermeidet, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Absatz 1

a) Bei in der Bundesrepublik ansässigen Personen werden die iranischen Einkünfte und Vermögensteile, die im Iran besteuert werden können, entsprechend der deutschen Vertragspraxis grundsätzlich von der deutschen Steuer freigestellt („Freistellungsmethode"). Die freigestellten Einkünfte und Vermögensteile bleiben aber bei der Festsetzung des Steuersatzes für das übrige, der deutschen Besteuerung weiter unterworfene Einkommen und Vermögen berücksichtigt („Progressionsvorbehalt"). Die Steuerfreistellung wird insbesondere auch für Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen (Mindestbeteiligung 25 %) deutscher Kapitalgesellschaften an iranischen Aktiengesellschaften sowie für die wesentlichen Beteiligungen selbst gewährt, womit das Schachtelprivileg — in Übereinstimmung mit der deutschen Abkommenspraxis — auf iranische Tochtergesellschaften ausgedehnt wird („internationales Schachtelprivileg"). Absatz 1 d schließt jedoch aus, daß aus dieser Regelung ungerechtfertigte Steuervorteile bei internationalen Einkommens- und Vermögensverlagerungen hergeleitet werden können.

b) Bei Dividenden aus nichtwesentlichen zwischengesellschaftlichen Beteiligungen und Dividenden-

bezügen natürlicher Personen, bei Zinsen und Lizenzgebühren sowie bei Vergütungen und Ruhegehältern aus iranischen öffentlichen Kassen, soweit sie nach Artikel 19 Abs. 1 nicht von der deutschen Steuer freigestellt sind, wird — wie in den deutschen Abkommen üblich — die Doppelbesteuerung nicht nach der Freistellungsmethode, sondern durch Anrechnung der von diesen Einkünften im Iran entrichteten Steuer vermieden („Anrechnungsmethode").

c) Werden nach iranischen Rechtsvorschriften zur Förderung der iranischen Wirtschaft steuerliche Sondervergünstigungen gewährt, so würde die Anrechnungsmethode dazu führen, daß auf die deutsche Steuer nur eine entsprechend geringere iranische Steuer anzurechnen wäre, so daß die Vergünstigung durch die deutsche Besteuerung den Steuerpflichtigen weggenommen würde und lediglich dem deutschen Fiskus zustatten käme. Absatz 1c bestimmt deshalb, daß bei Dividenden oder Lizenzgebühren, sofern sie im Iran auf Grund solcher Sondermaßnahmen steuerbefreit sind oder nur zu einem ermäßigten Satz besteuert werden, auf die deutsche Steuer die bei Fehlen dieser Sondermaßnahmen zu zahlende iranische Steuer bis zu der nach dem Abkommen zulässigen Höhe fiktiv angerechnet wird (sog. „fiktive Anrechnung"). Diese „fiktive Anrechnung", die der entwicklungspolitischen Abkommenspraxis der Bundesrepublik entspricht, bewirkt, daß die iranischen Steuervergünstigungen den deutschen Steuerpflichtigen auch im Rahmen einer deutschen Besteuerung in angemessenem Rahmen erhalten bleiben.

Absatz 2

Bei im Iran ansässigen Personen wird die Doppelbesteuerung grundsätzlich nach der Anrechnungsmethode vermieden.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel untersagt steuerliche Diskriminierungen auf Grund der Staatsangehörigkeit (Absatz 1). Die Absätze 2 und 3 enthalten eine Ausdehnung des Diskriminierungsverbots auf die Besteuerung von Betriebstätten und von Unternehmen, an deren Kapital im anderen Vertragstaat ansässige Personen beteiligt sind. Der Artikel gilt für Steuern jeder Art und folgt im wesentlichen der OECD-Empfehlung.

Zu Artikel 26 und 27

Diese Artikel regeln die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der iranischen Steuerverwaltung bei der Durchführung des Abkommens.

Artikel 26 sieht vor, daß sich die „zuständigen Behörden" (die beiderseitigen Finanzministerien; vgl. Artikel 3 Abs. 1h) über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- oder Anwendungsschwierigkeiten im gegenseitigen Einvernehmen beseitigen sollen.

Artikel 27 regelt den Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens erforderlich sind.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel stellt klar, daß das Abkommen die steuerlichen Vorrechte der diplomatischen und konsularischen Beamten nicht berührt.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Das Abkommen soll erstmals für das Steuerjahr angewendet werden, das dem Jahr des Inkrafttretens folgt.

Zu Artikel 31

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung des Abkommens.

Bn 912151 10. 69